

30/31

84

Union in Deutschland

Bonn, den 5. Oktober 1984

Helmut Kohl vor dem Bundesausschuß:

Die Talfahrt wurde gestoppt die Wirtschaft wächst wir haben stabile Preise

Wenn wir heute über die Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands sprechen, tut jeder von uns gut daran, sich auf den Tag genau, vielleicht sogar auf die Uhrzeit genau, zwei Jahre zurückzubedenken. Ungefähr zu einem ähnlichen Zeitpunkt haben wir uns damals im Deutschen Bundestag versammelt und mit der Mehrheit der Koalition der Mitte den ersten Kanzler gewählt, der nach dem Regierungswechsel 1969 wieder aus den Reihen der CDU/CSU kam. Das erklärte Helmut Kohl auf der Sitzung des Bundesausschusses in Berlin am Montag, 1. Oktober 1984.

Wer sich daran erinnert, weiß, daß wir in einer schweren Zeit die Regierungsverantwortung für unser Land übernommen haben, daß wir ein ungewöhnlich schwieriges Erbe antraten. Der Kurs der Bundesrepublik war ins Schlingern geraten, das Mißtrauen und die Anfragen draußen in der Welt, von Freunden und Partnern sowie unseren Gegnern, nahmen zu. Die Frage: Wohin gehört Ihr, seid Ihr noch Teil des Westens, des Atlantischen Bündnisses, der Europäischen Gemeinschaft, war eine Alltagsfrage geworden. Wir waren außen- und sicherheitspolitisch ins Gerede gekommen. Die wirtschaftspolitische Entwicklung deutete auf eine steile Talfahrt hin. Alle nur denkbaren Indikationen zeigten eine negative Tendenz, die psychologische Großwetterlage war so, daß die Weiche auf Pessimismus stand, in vielen Fällen auf blanke Resignation.

Liebe Freunde, ich hatte zu keinem Zeitpunkt irgendeine Illusion über die Schwierigkeiten des Weges, der vor uns lag und liegt. Schon als ich nach meiner Wahl die Glückwünsche der Fraktion entgegennahm, habe ich darauf hingewiesen, daß wir unseren Mitbürgern Opfer abverlangen müssen und daß uns der Wind auch ins Gesicht blasen wird. Dies gilt um so mehr als wir die Regierungsverantwortung in einer Zeit übernommen ha-

Rede Helmut Kohl

BUNDESAUSSCHUSS

ben, in der wir in einem wichtigen Teil der verfaßten öffentlichen Meinung nicht mit Unterstützung — ja in manchen Fällen nicht einmal mit Fairneß — rechnen konnten.

Ich habe damals gesagt und wiederhole es hier: Der Weg, den wir zu gehen haben, ist ein Weg, auf dem uns unser Wille zur Pflichterfüllung und unsere Überzeugung für eine bessere Politik leiten müssen.

So haben wir eine Wende der deutschen Politik eingeleitet. Wir haben Beachtliches in diesen Jahren erreicht, wir haben manches nicht erreicht und wir haben natürlich auf diesem Weg auch unsere Blessuren erhalten. Und wenn ich von Blessuren rede, spreche ich auch ganz offen vom gestrigen Wahltag. Unser Freund Bernhard Worms wird nachher noch im einzelnen zum Wahlergebnis Stellung nehmen. Ich will nur ein paar knappe Bemerkungen machen:

Daß dieses Ergebnis für uns nicht erfreulich ist, daß wir eine Schlappe erlitten haben, das ist bekannt. Ich lehne es ab, darum herumzureden. Wir sollten klar sagen, daß dieses Ergebnis für uns nicht befriedigend ist. Ein Minus von 4,1% im Verhältnis zur letzten Kommunalwahl an Rhein und Ruhr im Jahre 1979, das ist für uns eine Schlappe, daran führt kein Weg vorbei.

Das Ergebnis muß sorgfältig analysiert werden. Und ich gehöre nicht zu jener schnellen Truppe, die schon zwei Minuten nach Schließung der Wahllokale die Wählerströme genau abmessen kann und die natürlich den unglaublichen Vorteil hat, daß kein Mensch acht Wochen später darauf zurückkommt, was am Wahlabend gesagt wurde. Wir haben sicherlich eine Summe von Gründen zu bedenken, Grün-

de, die auch aus dem Bereich der Bundespolitik kommen.

Ich nenne drei Felder, in denen es uns nicht hinreichend gelungen ist, unsere Position einem beachtlichen Teil der Wähler deutlich zu machen:

Die Tatsache, daß wir die Rente gesichert haben, ist eben nicht von allen verstanden worden. Hier müssen wir viel mehr tun. Dies gilt auch für die Tatsache, daß wir auch in diesem Jahr eine hervorragende Chance haben, eine Rekordzahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen

Nachdem wir schon im letzten Jahr einen Rekord hatten, zeichnet sich für dieses Jahr erneut ein Rekord ab. Wir befinden uns jetzt in einem Zwischenstadium, das sehr schwierig ist, denn es war immer so, daß die wirklich zutreffende Zahl der vermittelten Ausbildungsplätze erst Ende Dezember/Anfang Januar feststellbar ist.

Ich nenne als dritten Punkt, daß die enormen Umstellungsmaßnahmen in der Agrarpolitik, die wir auf Grund der vorgefundenen Erblast auch in der Europäischen Gemeinschaft vornehmen mußten, von zu wenigen unserer Mitbürger in den bäuerlichen Betrieben erfaßt oder gar bejaht werden.

Das sind drei wichtige Punkte.

Und in dieses Bild gehört sicherlich mit dazu, daß im Ablauf mancher Sachdiskussionen einiges mehr als verbesserungswürdig ist. Die bayerischen Ratschläge am Vorabend der Wahl waren alles andere als nützlich. Ich will hier nur zu einem Punkt etwas sagen: Die Bediensteten im öffentlichen Dienst, die Beamten, haben bei unserem Sanierungskonzept zu dem ich mich Punkt für Punkt bekenne — ein beachtliches persönliches Opfer gebracht. Wenn man sich nun darüber im klaren ist,

BUNDESAUSSCHUSS

Rede Helmut Kohl

daß die Nullrunde zu Ende ist, das man zum 1. Januar eine Änderung vornehmen will, dann ist es politisch nur vernünftig, daß man dies auch laut und deutlich sagt. Ich kann darin keinen politischen Fehler erkennen.

Aber, liebe Freunde, die Wahl in NRW war eine Kommunalwahl. Da gibt es viele andere Einflüsse. So müssen sich auch unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen die Frage stellen, was auf der Ebene der Landespolitik zu tun ist; etwa ob das Bild der Geschlossenheit, die man gelegentlich in Bonn vermißt, in Düsseldorf vermittelt wurde. Und auch unsere Freunde aus der Kommunalpolitik — ich sage das ohne jeden Akzent, ich war viel zu lange in der Kommunalpolitik tätig — müssen die Ergebnisse sorgfältig auswerten:

Es sind ja schon sehr unterschiedliche Wahlergebnisse, wenn in einer Entfernung von weniger als 20 Kilometer zum Teil ein Unterschied von 9 Prozentpunkten im Stimmenverlust festzustellen ist. Das alles muß insgesamt verarbeitet werden. Wir haben keinen Grund mit diesen Ergebnissen zufrieden zu sein. Ich warne auch davor, daß wir uns nun irgendwie gesund reden. Es macht auch gegenüber den Wählern einen ordentlichen Eindruck, wenn man zugibt, was eingetreten ist, wenn man keine Hochrechnung zu eigenen Gunsten betreibt.

Aber ich kann andererseits nicht verstehen, wie man als Sozialdemokrat zufrieden sein kann mit diesem Ergebnis. Denn wir haben sicherlich eine Schlappe erlitten, aber die Sozialdemokraten auch. Sie haben als Oppositionspartei — mit einem zum Teil gewaltigen Hetzkapital — die Rentenfrage so betrieben wie im Wahlkampf 1983 die Mietenfrage. Trotz dieses

ganzen Einsatzes muß die SPD ein klares Minus verzeichnen — und das ist ein Novum in der modernen Parlamentsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland: daß die Opposition aus einer solch konkreten Lage keinen Nutzen ziehen konnte.

Das Wahlergebnis hat gezeigt — das ist sehr wichtig —, daß nach menschlichem Ermessen bei den jetzt bevorstehenden Landtagswahlen hier in Berlin, an der Saar und in Nordrhein-Westfalen keine der großen Parteien für sich allein die Majorität der Stimmen gewinnen kann. Es liegt auf der Hand, daß sich Koalitionsblöcke bilden — ob man es nun will oder nicht. Wir brauchen Koalitionspartner. Und deswegen werde ich keinen Ratsschlag beherzigen, der dazu führt, daß wir am Ende keine Koalitionspartner haben — weder in Bonn noch an der Saar noch in Berlin noch in Nordrhein-Westfalen.

Die Grünen haben ein spektakuläres Ergebnis erzielt. Ein Ergebnis, das auch von uns sehr aufmerksam studiert werden muß. Ein Ergebnis, das man auch auf Wahlbeteiligung umrechnen muß. Wir haben in einer der letzten Bundesvorstandssitzungen beschlossen, daß wir uns intensiver mit diesem Thema beschäftigen wollen. Ich denke, das ist sehr wichtig für unsere zukünftigen Einlassungen, wobei wir wissen, daß auch regionale Faktoren eine ganz erhebliche Rolle spielen.

Entscheidend ist unsere eigene Kraft, die Kraft der ganzen Christlich Demokratischen Union Deutschlands, unser klares Konzept zu den Sachfragen. Nach diesen zwei Jahren unserer Regierung kann man sicher sagen, daß wir ungewöhnlich viel erreicht haben. In einer Reihe von Fragen viel mehr

Rede Helmut Kohl

BUNDESAUSSCHUSS

als die Optimisten unter uns zu hoffen wagten.

Wir haben aber nicht alles erreicht. Im übrigen haben wir auch nicht alles richtig gemacht. Doch das gehört zu einer Regierung, die unter einem derartigen sachlichen Streß arbeiten mußte, arbeiten muß und arbeiten wird.

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie die internationale Presse ansehen — ich habe kürzlich im Bundestag die Financial Times zitiert, das Hausblatt von Helmut Schmidt, das uns ja eine sehr gute Note gab — die OECD oder viele andere Quellen heranziehen: Immer wieder wird uns bestätigt, daß wir in den entscheidenden Fragen auf dem richtigen Weg sind.

Ich habe an diesem Tag, dem zweiten Jahrestag meiner Wahl zum Bundeskanzler, vor allem auch vielen Freunden zu danken — ich muß das einmal sagen, weil es ja bei uns in der Partei nicht üblich ist, daß man sich bedankt. Ich habe mich ganz einfach zu bedanken bei allen in der Partei, die in diesen zweimal zwölf Monaten schwierigster Wegstrecke — und dabei ist auch eine Bundestagswahl zu schlagen gewesen sowie Kommunalwahlen, Landtagswahlen, der Europawahl — mitgeholfen haben. Ich danke allen meinen Kollegen im Präsidium und nenne stellvertretend für alle Heiner Geißler, der mit Mut und unermüdetlich unsere Sache vertreten hat.

Ich nenne die Kollegen aus dem Bundesrat, die in ein neues Rollenverständnis geraten sind, das von ihnen verlangt, die föderale Ordnung wieder als Straße mit zwei Fahrbahnen zu begreifen wie es in der Verfassung grundgelegt ist. Da ich selbst lange genug dem Bundesrat angehört habe, weiß ich, daß in der Oppositionszeit natürlich auch mancherlei Gewöhnungen

eingetreten waren, die nicht über Nacht zu ändern sind.

Ich habe mich sehr herzlich zu bedanken bei der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, die als eine Summe sehr viele eigenwillige Persönlichkeiten diesen Weg mitgetragen hat — und zwar mit für CDU/CSU-Verhältnisse relativ wenigen Nebengeräuschen. Ich danke hier vor allem auch Alfred Dregger. Und es ist nur gerecht hinzuzufügen, daß wir auch Grund haben, heute hier vor dem Bundesausschuß der CDU ein Wort des Dankes an unseren Freund Waigel zu richten, den ersten Stellvertreter im Fraktionsvorsitz, den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Und ich habe allen Grund mich zu bedanken bei meinen Kollegen im Kabinett. Ich bin keiner, der sagt, daß jeder, der Gegenwind verspürt, deshalb aus dem Kabinett ausscheiden müsse. Was wir personell geschaffen haben, war das Ergebnis guter Überlegungen. Und unsere Kollegen sind den unterschiedlichsten Wettern ausgesetzt. Sie sehen sich in einer teilweise sehr ideologisierten Diskussion natürlich auch unterschiedlichen Herausforderungen gegenüber. Wenn man in einer so schwierigen Lage, wie wir sie jetzt in Europa haben, das Problem der Überproduktion in der Landwirtschaft angeht, kann man nicht erwarten, daß man dort breiten Zuspruch findet. Diese Politik erfordert Sachkenntnis, Mut und Entschiedenheit. Wenn wir sagen: Wir wollen das öffentlich-rechtliche System erhalten, weil es sich unserer Überzeugung nach im großen und ganzen bewährt hat, aber wir wollen auch eine privatrechtliche Alternative als Konkurrenz aufbauen, dann bringt das auf Parteitag einen Riesenbeifall. Der Mann, der diese Politik umsetzen muß, der Postminister, ist dann jeden Tag schärfsten Angriffen ausgesetzt. Und das Kuriose ist

BUNDESAUSSCHUSS

Rede Helmut Kohl

dabei, daß jene Blätter — manchmal sind es nicht einmal Blätter, sondern Druckerzeugnisse — die am schärfsten gegen diesen Mann zu Felde ziehen, in ihren großen Verlagen alles tun, um sich möglichst rasch in möglichst vielen Satellitenkanälen einzurichten.

Ich könnte die Liste beliebig erweitern. Sie merken, in der Art, wie ich darüber spreche, daß ich das ohne jede Betroffenheit tue. Ich bin in dieses Amt gewählt worden — auch und nicht zuletzt durch ihr Vertrauen, durch die vielen Freunde in der Partei, die mich mitgetragen haben in diesen Jahren —, um meine Pflicht zu tun, und nicht um vor jedem Wind auszuweichen. Ich habe nicht die Absicht, mich in diesem Punkt zu ändern.

Die Union, die CDU hat sich in diesen zwei Jahren als die stabile und zuverlässige Kraft der deutschen Politik erwiesen. Wir stehen jetzt vor einem entscheidenden Zeitabschnitt. Wir werden vermutlich am zweiten oder dritten Februarsonntag des Jahres 1987 die nächste Bundestagswahl haben. Das ist ein vorgegebenes Datum. Für uns heißt das im Klartext, daß wir spätestens bis zum Sommer 1986 die notwendigen Gesetzgebungsvorhaben in den Bereichen, die wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben, angehen müssen. In diese Zeit hinein fallen auch eine ganze Reihe von wichtigen Wahlen: In ein paar Tagen die Kommunalwahl in Baden-Württemberg, im nächsten Frühjahr die Landtagswahlen an der Saar, in Berlin und in Nordrhein-Westfalen.

Hier in Berlin geht es um die Alternative zwischen einer Koalition der Verlässlichkeit unter der Führung unseres Freundes Eberhard Diepgen und jenen Unwägbarkeiten, die schon in der Person des Kandi-

daten der SPD, des Herrn Apel, ruhen. Seine Äußerungen zur deutschen Frage richten sich selbst. Er ist auf dem Weg zu einer gänzlich anderen Politik. Jeder muß auch wissen, was eine Zusammenarbeit zwischen den Berliner Sozialdemokraten und der Alternativen Liste für diese Stadt bedeuten würde.

Hier in Berlin spürt auch jeder, wie wichtig es ist, daß wir uns mitten in Deutschland nicht auseinanderleben. Wir müssen in der Deutschlandpolitik alles tun, was vernünftig und möglich ist, um aufeinander zuzugehen und nicht aneinander vorbeizuleben. Die Präambel des Grundgesetzes mit dem Aufruf zur Einheit der Nation bleibt ein existenzieller Bestandteil der deutschen Politik. Und die deutsche Frage — das sage ich zu manchem, der von draußen dazu Stellung nimmt — ist für uns immer und vor allem auch eine Frage der Menschenrechte und der Selbstbestimmung. Deswegen muß sie offen sein. Wir sind nicht bereit, hier einen Schlußstrich zu ziehen, zumal es solche abschließenden Kapitel der Geschichte im Leben der Völker auch gar nicht gibt.

Die Präambel des Grundgesetzes verpflichtet uns, bei allem was wir tun, immer mit einem Blick darauf zu achten, was es bedeuten könnte für jenen Gedanken, die Einheit der Nation nicht nur anzustreben, sondern tatsächlich zu leben. Ich sehe mit ziemlicher Sorge, daß wir über unsere eigenen Probleme, die ich ganz gewiß nicht gering achte — Bekämpfung, Stopp und Abbau der Arbeitslosigkeit, Zukunftschancen der jungen Generation, sichere Rente, Familienpolitik, ich nenne diese wenigen Stichworte für viele — den immateriellen Teil unserer Gemeinsamkeit in Deutschland vergessen könnten.

Morgen abend habe ich die Chance, die Buchmesse zu eröffnen. Wenn Sie die Buchproduktion 1984 in Ost und West ver-

gleichen, werden Sie feststellen, daß die DDR auf einen Weg, den ich seit Jahren immer wieder der Öffentlichkeit vorweise, voranschreitet, nämlich den Gedanken der deutschen Kultur, für das Regime der DDR zu okkupieren. Wenn man die Fontane-Rezessionen drüben betrachtet oder die Interpretationen zu Hölderlins Schicksalslied liest, und dann manches von unseren Literaturlehrstühlen in Vergleich dazu setzt, dann haben wir allen Grund, darauf zu achten, daß wir das, was die unteilbare Kultur unseres Volkes ausmacht, nicht anderen überlassen.

Das alles, liebe Freunde, hat überhaupt nichts mit Revanchismus zu tun, und diese Kampagne erreicht uns ja auch in Wahrheit überhaupt nicht. Jeder, der durch die Bundesrepublik fährt und sich unter denkenden Menschen bewegt, kann unschwer erkennen, daß es hier keinen Revanchismus gibt. Die wenigen, die verrückten Argumenten nachlaufen, gehören in den Bereich der Medizin und ganz gewiß nicht in den Bereich der Politik.

Weil dies so ist, können wir es auch nicht zulassen, daß bestimmte Gruppen unserer Bevölkerung ausgegrenzt werden. Ich spreche hier von den Vertriebenen. Es darf kein Argument des Opportunismus geben, eine wichtige und besonders leidgeprüfte Gruppe unseres Volkes draußen vor der Tür zu lassen, weil es der Propaganda des Warschauer Paktes so gefällt.

Wir verdanken den Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland Entscheidendes beim Wiederaufbau unseres Landes. Daß sie sich nicht radikalisieren ließen, daß sie in den demokratischen Parteien ihre Heimat gefunden haben, gehört zu den wichtigsten und positivsten Erfahrungen der modernen Geschichte — und

zwar nicht nur der deutschen — in diesem Jahrhundert.

Es ist eine ziemliche Unverfrorenheit, wenn es selbst in Teilen der SPD Leute gibt, die sozusagen darüber zu Gericht sitzen, wo der deutsche Bundeskanzler reden darf und wo nicht. Wir sprechen mit allen wichtigen Gruppen der Gesellschaft, und zu diesen wichtigen Gruppen gehören selbstverständlich auch die Vertriebenenverbände.

Für unsere Deutschlandpolitik gilt selbstverständlich all das, was prinzipiell in unserer Programmatik ausgesagt ist. Wir stehen nie in der Gefahr, im Überschwang der Gefühle den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie verwischen zu wollen. Wenn wir mit den Repräsentanten im anderen Teil Deutschlands sprechen, wissen wir ganz genau, daß dies eine Regierung ist, die sich nicht auf den souveränen Willen eines Volkes berufen kann und nicht aus freien Wahlen hervorgegangen ist. Wir wissen, daß unsere Grundpositionen in Fragen der Menschen- und Bürgerrechte völlig andere sind. Aber es gebietet die Vernunft, die Folgen der Teilung für die Menschen erträglicher zu machen, das notwendige Gespräch zu führen.

Auf dieser Grundlage haben wir die beiden Kredite möglich gemacht und wir haben viele Gegensignale empfangen. Wenn im Jahre 1983 18 Prozent mehr Reisen in die DDR und 40 Prozent aus der DDR zu uns möglich waren, ist das ein erster wichtiger Schritt. Natürlich weiß ich, daß nicht alle Hoffnungen in Erfüllung gegangen sind. Es geht hier um einen zähen und schwierigen Prozeß.

Über 30000 deutsche Landsleute aus der DDR konnten bisher in diesem Jahr aus der DDR zu uns übersiedeln. Wir sind nach acht Jahren wieder in der Lage, die

BUNDESAUSSCHUSS

Rede Helmut Kohl

Verhandlungen über ein Kulturabkommen fortzusetzen. Wir haben erste bedeutende Ergebnisse erzielen können auf der Ebene von Expertengesprächen im Umweltschutz, und hier in Berlin sind eine ganze Reihe wichtiger Entscheidungen getroffen worden: die Übernahme der S-Bahn, das Offenhalten des Grenzübergangs Staaken bis Ende 1987, die Energieversorgung und manches andere mehr.

Ich bedauere, daß Generalsekretär Honecker aus seinen Gründen den vorgesehenen Besuch verschoben hat. Die Abmachungen, die wir mit der DDR getroffen haben, sind Abmachungen, die für sich alleine Geltung haben. Sie stehen nicht in unmittelbarem Bezug zu diesem Besuch. Ich habe nicht den geringsten Grund zu der Annahme, daß die getroffenen Abmachungen von einer der beiden Seiten nicht eingehalten werden. Ich bin sicher, daß sie gelten.

Die Deutschlandpolitik ist nur zu verstehen im Gesamtkontext des Ost-West-Verhältnisses. Die Sowjetunion ist unser mächtigster, wichtigster Nachbar in Mittel- und Osteuropa. Deswegen lassen Sie mich einmal mehr ganz offen aussprechen, daß es eine törichte Politik wäre, an der Sowjetunion vorbei, etwa bilateral mit der DDR, mit Ungarn, mit Rumänien oder sonst irgend einem Land des Warschauer Pakts, Abmachungen treffen zu wollen. Solche Gespräche werden nur dann sinnvoll sein, wenn die Sowjetunion mit eingebunden ist.

Liebe Freunde, wir haben in diesen zwei Jahren Schluß gemacht mit dem außenpolitischen Schlingerkurs der SPD — das ist ein ganz entscheidender Punkt, der für unsere Mitbürger noch viel deutlicher gemacht werden muß. Unsere Friedenspolitik ist nach Ost und West gleichermaßen

berechenbar, weil wir vertragstreu und zuverlässig sind. Ich bin ganz sicher, daß sich nach der amerikanischen Wahl in einigen Wochen, die Möglichkeiten für die Wiederaufnahme von Abrüstungsgesprächen ergeben wird.

Wir haben als Christlich Demokratische Union, gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern, der FDP und unserer Schwesterpartei, der CSU, die ganze Last der Verantwortung und des Durchsetzens beim NATO-Doppelbeschluß auf uns genommen. Gerade weil wir das, was vernünftigerweise mein Amtsvorgänger im NATO-Doppelbeschluß mitkonzipiert hat, realisiert haben, weil wir trotz Drohungen, trotz des Gespenstes eines ‚heißen Herbstes‘ und trotz all dieser Furchtsyndrome nicht zurückgewichen sind, weil wir zu unserem gegebenen Wort standen, deshalb steht auch das andere Wort, daß wir Frieden schaffen wollen mit weniger Waffen. Hierin sehe ich auch eine moralische Verpflichtung.

Ich unterstütze nachdrücklich die von uns mitgetragene und mitkonzipierte Initiative, die jetzt in der UNO-Rede des amerikanischen Präsidenten erneut deutlich wurde. Übrigens ist dies ein hervorragendes Beispiel dafür, wie eng wir kooperieren, wie eng wir miteinander arbeiten.

Es war eine unserer wichtigsten Initiativen, daß der Vertragsentwurf des Westens für ein weltweites Verbot chemischer Waffen vorgelegt wurde. Ich könnte viele ähnliche Beispiele nennen. In unserer Außen- und Sicherheitspolitik kann es keinen Zweifel geben: Wir stehen fest auf der Seite der Freiheit, an der Seite unserer Freunde. Die beiden Grundelemente Adenauerscher Außen- und Sicherheitspolitik, die Mitgliedschaft in der Atlantischen Allianz und in der Europäischen

Rede Helmut Kohl

BUNDESAUSSCHUSS

Gemeinschaft, sind heute so modern wie in den fünfziger Jahren. Konrad Adenauer hat damals mit uns gemeinsam eine schwere, bittere Entscheidung getroffen. Er hat die Erkenntnis in politische Tat und Praxis umgesetzt — um es knapp und hart zu formulieren —, daß Freiheit Vorrang vor Einheit hat. Wir haben an dieser Linie festgehalten. Wir sind nicht erpreßbar, und der Weg des Neutralismus ist für die Bundesrepublik Deutschland undenkbar. Solange es diese Christlich Demokratische Union gibt, in ihrer ganzen Kraft, in ihrer ganzen Dynamik, wird der Neutralismus in unserem Lande keine Chance haben.

Meine lieben Freunde, wir haben aus der Geschichte auch gelernt, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Wanderer zwischen den Welten sein kann und deswegen ist die Westbindung der Bundesrepublik eine geschichtliche Entscheidung, die weit in die Zukunft wirkt. Ich habe vor fast zwei Jahren in meiner Regierungserklärung gesagt, dies sei ein Teil unserer Staatsräson. Das war ein gewagtes Wort, und es ist von manchen kritisiert worden. Beim Nachdenken werden Sie erkennen, daß es das richtige Wort war, weil es unseren Freunden deutlich macht, daß wir, die Deutschen, klare Position halten und

— ich sage das auch im Hinblick auf eine bestimmte Äußerung eines Mannes, der uns an sich freundschaftlich verbunden sein sollte —, daß die Frage der Deutschen nach der Einheit der Nation nur mit friedlichen Mitteln lösbar ist, daß heißt mit dem Ja der Nachbarn und ganz sicher nur unter einem europäischen Dach.

Deswegen ist es auch für uns so wichtig, daß die Europäische Gemeinschaft weiterentwickelt wird, daß wir dort unsere Pflichten tun. Wir müssen entschieden gegen

das törichte Gerede im Land angehen, daß wir davon nur Nachteile hätten. 50 Prozent unserer Exporte gehen in die Europäische Gemeinschaft. Und diese Gemeinschaft gibt uns die Möglichkeit, mit anderen in Europa unsere Stimme im Konzert der Welt erheben zu können.

Der Weg zur europäischen Einheit ist ein mühsamer Weg. Es ist ein Weg, der auch Opfer kostet. Ich erinnere vor allem an die Opfer, die unsere Landwirte bringen. Sie haben alles Recht, darauf zu vertrauen, daß wir sie in dieser schwierigen Lage nicht allein lassen.

Wir haben jetzt die Grenzen nach Frankreich und nach Österreich ein Stück weiter öffnen können. Die Verhandlungen mit den Niederlanden, Luxemburg und mit Belgien laufen. Ich habe sie auch vor ein paar Tagen in Kopenhagen mit unseren dänischen Freunden auf den Weg gebracht, die ja sozusagen Handlungsbevollmächtigte für Schweden, für Norwegen und für Finnland sind.

Ich hoffe auch dort auf eine Lösung, die Öffnung bedeutet. Manch einer sagt: was heißt das schon. Nun meine Damen und Herren, ich finde, wir haben hier etwas erreicht, und wir machen zu wenig daraus. Andere haben in vielen Jahren auf diesem Gebiet nichts erreicht.

Der Weg nach Europa ist ein mühsamer Weg, aber wir sind weitergekommen. Es ist noch vieles zu tun. Wir haben aber in Europa nicht immer das gleiche Verständnis von den Problemen. Wenn es um die Zukunft der Stahlindustrie geht — das wird 1986 ein großes Thema — stehen wir in der Frage der Subventionen vor schwierigsten Auseinandersetzungen und Entscheidungen. Wir haben unserer Stahlindustrie geholfen und wir wissen, daß in diesen Betrieben vorzügliche Produkte

gefertigt werden. Aber mit betriebswirtschaftlichen Mitteln ist der Wettbewerb gegen die Staatskasse anderer Länder schwer möglich. Hier muß Waffengleichheit geschaffen werden. Ich könnte dieses Beispiel erweitern auf viele andere.

Besonders erfreulich, und vor zwei Jahren von nicht jedem erwartet — auch hier in diesem Saale haben es die wenigsten erwartet, und ich schließe mich in diese Gruppe mit ein — ist unser Verhältnis zur Französischen Republik. Wer in Verdun dabei war oder die Bilder gesehen hat, der weiß, daß wir ein gewaltiges Stück auf dem Weg zur Brudernation weitergekommen sind. Wir haben die Absicht, mit Blick auf die Römischen Verträge, über das Wirtschaftliche hinaus, in der Gemeinschaft einen neuen Anlauf zur politischen Integration zu nehmen.

Nicht alle in der Gemeinschaft haben die gleichen Vorstellungen zur europäischen Integration. Es gibt den einen oder anderen, der beispielsweise die Vorstellung hat, wir könnten eine Arbeitsteilung praktizieren, etwa die einen machen die Geschäfte, die anderen sorgen für die Verteidigung. Ich bin dieser Meinung überhaupt nicht. Die Verteidigung der Freiheit Westeuropas in der Gemeinschaft ist eine gemeinsame Sache. Ich denke es wird möglich sein, mit einigen zu Absprachen zu kommen, daß der Weg zur europäischen Integration schneller und entschiedener beschritten wird. Das alte Prinzip vom Geleitzug, in dem das langsamste Schiff das Tempo bestimmt, darf nicht unsere Arbeitsmethode sein. Wir wollen niemanden ausgrenzen. Alles was wir tun, muß so getan werden, daß die Tore weit offen bleiben für jeden, der — zu welchem Zeitpunkt auch immer — kommen will. Aber ich sage es noch einmal: entscheidend ist, daß wir jetzt den Mut aufbringen, den

nächsten wichtigen Schritt zur Integration zu tun.

In der Wirtschafts-, Gesellschafts-, Sozialpolitik brauche ich Ihnen nicht zu sagen, vor welchen ungeheuren Schwierigkeiten wir gestanden haben. Die Arbeitslosigkeit ist in Jahren gewachsen und über Nacht leider nicht zu beseitigen. Wir hatten 1982 eine Inflationsrate von 5,3%, das ist nahezu völlig vergessen nach zwei Jahren. Wir haben daran auch selbst schuld, weil wir zu wenig darauf hinweisen. Wir haben — ich sage das jenen, die da die Rentenangst als politisches Geschäft betreiben — die drohende Zahlungsunfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme verhindert. Wir haben 1984 ein Wachstum von 2,5%. Jeder von uns weiß, daß ohne Arbeitskämpfe ein höheres Wachstum möglich gewesen wäre. Wir haben eine beachtliche Zunahme der Auftragseingänge in der Industrieproduktion, im Export. Die Ertragslage der Unternehmen hat sich verbessert. Ich würde mir wünschen, daß all die, die noch vor der Wahl 1983 mit ihren Unternehmungen die größten Probleme vor sich sahen und jetzt glänzend verdienen — denn es gibt viele, die glänzend verdienen, neben anderen, denen es schlechter geht — dies auch offen aussprechen.

Und liebe Freunde, wir haben eine Preissteigerungsrate von jetzt 1,6%, das ist der niedrigste Stand seit 1 1/2 Jahrzehnten. Dies sichert 24 Milliarden Kaufkraft — mit einem Wort, es ist die beste Sozialpolitik, die man sich vorstellen kann. Wir haben die Haushaltssanierung auf den Weg gebracht. Ein Teil unseres Problems liegt darin, daß alle für die Konsolidierung, für das Sparen und für Opfer sind, aber wenn jeder persönlich betroffen ist, ist das sehr viel schwieriger durchzusetzen.

Da gibt es jetzt eine törichte Parole, wir seien dabei, uns kaputtzusparen. Es werden auch entsprechend persönliche Vorwürfe gegen Gerhard Stoltenberg erhoben. Damit es ganz klar ist: Was der Finanzminister tut, hat meine volle Unterstützung, das ist unsere, das ist meine Politik.

Daß wir im Bereich der Zinsen, im Bereich der Zuwachsrate des Bruttosozialproduktes, in vielen anderen Bereichen wieder ganz weit nach vorne gekommen sind, hat eben seinen Grund darin, daß wir wieder eine solide Politik betreiben. Wir haben 1983 und 1984 allein 6 Milliarden DM zur Wiederbelebung der Wirtschaft eingesetzt. Wir haben eine große Steuerreform beschlossen. Und meine Damen und Herren, auch dazu ein offenes Wort: Es gibt doch keinen, der sich nicht wünscht, wir könnten diese Steuerreform in einem Zug verwirklichen. Wir hatten uns in wochenlangen Diskussionen auf dieses Konzept geeinigt. Eine Koalition muß zuerst diskutieren und dann entscheiden. Das Umgekehrte wäre ja nicht mehr der Weg der Demokratie. Deshalb bitte ich darum, solche Diskussionen nicht als Schwäche zu bezeichnen. Demokratie verrät dann Stärke, wenn man nach einer intensiven Diskussion abstimmt, eine gemeinsame Meinung erarbeitet und sie dann gemeinsam vertritt. Genau das tun wir.

Wir sind zu der Überzeugung gekommen — und CSU und FDP und CDU haben dem zugestimmt —, daß wir das aus den Gründen, die Sie alle kennen, diese Reform in einem Gesamtumfang von knapp über 20 Milliarden in zwei Zeitphasen durchführen und daß hier der entscheidende Punkt für uns das Thema Familienpolitik sein muß.

Liebe Freunde, Familienpolitik ist für uns und für mich schon gar nicht zunächst ei-

ne Frage des Geldes. Die Tatsache, daß wir in diesen Jahren eine kinderfeindliche Gesellschaft geworden sind, ist unübersehbar. Wenn im deutschen Fernsehen über Tierschutz ein Bericht gebracht wird, bekomme ich Hunderte, in Sachen Robben schlagen über 30000 Briefe. Sie müssen überlegen, was das heißt: in weniger als vier Wochen. Eine ähnliche Reaktion verspüre ich nicht, wenn es um Kinder geht. Ich denke, wir alle sind wirklich dem Tierschutz zugetan und wer Kinder hat, ist in der Regel schon wegen des Umgangs seiner Kinder mit Tieren automatisch tierlieb.

Nur, meine Damen und Herren, wir sollten hier die Maßstäbe richtig setzen. Und der Maßstab unseres Tuns muß eben in den nächsten Jahren sein — neben einer vernünftigen Novellierung des Tierschutzes —, daß die Familie wieder zu ihrem Recht kommt: Daß das Ja zu Kindern nicht ein Ja zum sozialen Abseits bedeutet; daß wir uns auch nicht anmaßen, als Politiker darüber zu entscheiden, ob eine Frau berufstätig ist oder nicht. Das ist ihre Sache. Ob eine Frau Ja sagt zum Kind, das ist ebenfalls ihre Sache, aber wenn sie Ja sagt zum Kind, dann darf das eben nicht in eine Abseitsposition führen. Wir sind unbedingt dafür, daß sie den vollen Schutz — das ist zu wenig: die volle Sympathie — der Gesellschaft, des Staates erfährt und zwar nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch im Alltagsleben einer Mutter. Und da ist neben der Steuerreform beispielsweise der Bezug zur Schule, zu dem, was Müttern von den Schulen zugemutet wird, besonders wichtig. Auch das gehört in diesen Zusammenhang. Meine Damen und Herren, Norbert Blüm wird über die sozialpolitischen Maßnahmen im einzelnen sprechen. Wir haben eine Reihe von wichtigen Gesetzen auf den Weg gebracht.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt der zentrale Punkt der deutschen Innenpolitik. Hier stehen wir vor den schwerwiegenden Entwicklungen, die vor allem unsere Amtsvorgänger zu vertreten haben, daß wir heute ein unübersehbares Süd-Nord-Gefälle in der Wirtschaftskraft der Bundesrepublik haben. Das macht sich auf allen Gebieten bemerkbar, das war auch gestern nicht zu übersehen bei der Wahlentscheidung in Nordrhein-Westfalen. Wenn bundesstaatliche Ordnung, liebe Freunde, einen Sinn hat, dann gewiß auch den, daß der Gesamtstaat und die stärkeren Gliedstaaten den Schwächeren helfen.

Wir tragen Mitverantwortung für alle Bundesländer. Und dabei spielt es keine Rolle, ob wir dort die Regierung stellen oder die Opposition. Wir haben eine Verpflichtung auch für Nordrhein-Westfalen, für Hamburg und für Bremen sowie für Hessen.

In diesem Jahr wird es sich einmal mehr erweisen, inwieweit die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland und der Staat fähig sind, die Tore weit zu öffnen für die junge Generation. Wir haben im letzten Jahr ein großartiges Ergebnis erreicht: Ohne staatlichen Zwang, und ohne daß einzelne dabei von irgendwelchen Gesetzen angetrieben wurden, ist es dazu gekommen, daß in einer breiten Front Handwerker und Einzelhändler, der Mann im freien Beruf, der Unternehmer wie der Betriebsrat — ich nenne wenige für viele — Lehrstellen zur Verfügung gestellt haben.

Wir konnten im letzten Jahr einen Rekord erzielen mit knapp über 700 000, bei einem Rest von knapp über 20 000, die nicht vermittelbar waren. Ich gehe davon aus — nach den sich jetzt abzeichnenden Zahlen — daß

wir in diesem Jahr wesentlich mehr vermitteln werden, daß die Wirtschaft als Ganzes noch mehr an Eigenleistung aufbringt. Auch wir in der Politik werden hier von Staats wegen das Notwendige zu tun haben.

Ich will auch hier einmal eine Kollegin erwähnen, Frau Wilms, die sich ja nun wirklich in einer großartigen Weise in diesem Feld schlägt, in dem ja auch die persönliche Diffamierung inzwischen an der Tagesordnung ist.

Liebe Freunde, in diesem Feld zeigt sich im übrigen auch ein wichtiger Aspekt der Wende, mögen wir damit jetzt auch Probleme haben: Wir haben zum ersten Mal eine spürbar wachsende Zahl von jungen Leuten mit Abitur, vor allem junge Frauen, die nicht zur Universität gehen wollen, sondern eine Ausbildung im dualen System suchen. Das ist das Beste, was uns passieren kann, denn das wohl schwierigste Problem, das für den Rest dieses Jahrzehnts und den Anfang der 90er Jahre auf uns zukommt — die Jungakademikerarbeitslosigkeit — kann nur mit einer Summe von vielen Einzelmaßnahmen gelindert werden. Dazu gehört, daß junge Leute, die vielfach eher aus Verlegenheit ein Studium aufnehmen, eine praktische Ausbildung bevorzugen. Im übrigen haben sie dort im Regelfall auch viele Chancen für die Zukunft. Unsere Anstrengungen, für die jungen Leute in diesem Jahr und noch einmal im nächsten das Menschenmögliche zu tun, sollten uns besondere Freude machen. Denn dann folgen Jahre, ja Jahrzehnte, in denen wir uns mit Wehmut an die Aufgabe erinnern werden, möglichst viele Ausbildungsplätze zu schaffen.

Liebe Freunde, im Bereich des Umweltschutzes bestand die Erblast, die wir vor zwei Jahren übernommen haben, nicht in

Fehlentscheidungen, sondern in fehlenden Entscheidungen. Es ist eine schon sehr seltsame Sache — wenn ich die Debatte in den letzten Wochen verfolgte —, daß jene Leute, die überhaupt nichts getan haben, jetzt den Mund besonders voll nehmen. Niemand auf dieser Erde hat den Bundeskanzler Willy Brandt daran gehindert, im Jahr 1972 — als in Amerika eine heiße Debatte über ein umweltfreundliches Auto stattfand —, bei uns die gleiche Debatte einzuleiten.

Er hat ja damals auf dem Weg zu neuen Ufern eine neue Republik versprochen, und zu dieser neuen Republik hätte ja auch ein umweltfreundliches Auto gehören können. Er hat die Gelegenheit versäumt. Und nach ihm kam ja einer, der, wie sie wissen, alles längst vorhergesehen hatte.

Er hat ja als Reisender und kenntnisreicher Zeitgenosse zur Kenntnis nehmen können, daß im Jahr 1974 die Japaner die gleiche Entscheidung getroffen haben wie die Amerikaner. Und daß die Japaner in der Zwischenzeit sehr viel weiter sind, als alle anderen, hätte eigentlich ein Maßstab für unser eigenes Tun sein müssen. Es ist damals nichts geschehen.

Liebe Freunde, jeder, der uns jetzt auf diesem Feld kritisiert, den möchte ich doch darauf hinweisen, daß es völlig undenkbar ist, in einer modernen Industriegesellschaft schwierigste Probleme wie diese über Nacht in der Form lösen zu können, daß sie der jeweiligen Stimmung oder Stimmungsmache entsprechen. Es ist ja jede Woche ein anderes Thema. Wenn Sie die Diskussion um Formaldehyd, um nur ein Beispiel aus den letzten Tagen zu erwähnen, beobachten, dann wissen Sie, daß ein wirksamer Umweltschutz in dieser hektischen Weise natürlich nicht vorstellbar ist.

Die Koalition der Mitte hat wesentliche

Entscheidungen getroffen. Die Großfeuerungsanlagenverordnung haben wir verabschiedet in einem Augenblick, als sich unsere Wirtschaft in einer außerordentlich schwierigen Phase befand.

Diese Verordnung hat zur Folge, daß bis 1988, also in vier Jahren, der Schwefelausstoß um eine Million Tonnen abnimmt, das ist ein Drittel des jetzigen Niveaus. Wir haben ein Bodenschutzkonzept vorgelegt, und wir führen jetzt das umweltfreundliche Auto ein mit einer 90 % geringeren Abgasbelastung. Sagen Sie bitte „das umweltfreundliche Auto“, weil es nicht notwendig ist, daß wir uns auf einen bestimmten Weg der technischen Entwicklung festlegen.

Meine Damen und Herren, bei der Durchsetzung sehe ich Probleme weniger in der Bundesrepublik: Hier werden wir, wie ich sicher bin, alle Daten einhalten können; und viele, die uns sagen — übrigens auch aus der Automobilindustrie —, das ist nicht zu schaffen, werden einmal mehr die dynamische Kraft der Marktwirtschaft erfahren. Wenn sich das günstig rechnet und Gewinn dabei herauskommt, dann werden alle denkbaren Fristen nicht überschritten werden. Ich bin hier leidenschaftlicher Jünger unseres großen Vorbildes Ludwig Erhard, der in solchen Fällen immer auf die Kräfte des Markts gesetzt hat. Und es war ja faszinierend, wie selbst die Staatsfirma Peugeot am selben Tage, an dem der französische Premierminister mir einen abmahnenden Brief, in der Sache nicht so schnell voranzugehen, geschrieben hat, signalisierte, diese Umstellung könnten sie natürlich auch durchführen.

Nur, meine Freunde, machen Sie sich keine Illusionen: Die Auseinandersetzung, die wir in der EG zu führen haben, haben

einige völlig übersehen. Es ist sehr einfach, vor allem wenn man jugendlich dynamisch ist, zu verlangen: Du mußt das jetzt sofort durchführen. Nur: Wer 50 % seiner Industrieexporte in die Europäische Gemeinschaft liefert, muß eben wissen, was geht und was nicht geht. Ich denke, das, was wir jetzt vorhaben, wird gehen. Wir brauchen viel Wohlwollen bei unseren Freunden, es wird viel Kraft kosten, aber ich denke, wir haben eine Chance, daß wir es durchsetzen.

Umweltschutz ist in der Bundesrepublik Deutschland kein Privileg bestimmter Einzelgruppen und schon gar kein Vorwand, um die Gesellschaft oder die Verfassungsordnung zu verändern. Umweltschutz ist ein Stück der Lebensaufgabe einer modernen Industriegesellschaft, in der es auch um Arbeit und Brot für viele geht.

Ich denke, wir in der CDU haben gar keinen Grund zu irgendwelchen Hemmungen. Wenn ich von ausländischen Besuchern gefragt werde, wie ich die CDU definiere, dann sage ich immer: Wir sind Christlich Soziale, wir sind liberal, freiheitlich Gesonnene, und wir sind in den Grundfragen, die die Geschichte berühren, Konservative. In Fragen des Umweltschutzes sind wir zutiefst konservativ, denn was ist eigentlich eine bessere Erläuterung für konservativ, als den eigenen Schatz der Natur nicht verkommen zu lassen, sondern ihn im bestmöglichen Zustand — vielleicht noch in einem besseren als bei Übernahme — an die nächste Generation weiterzugeben.

Liebe Freunde, wir haben in diesen zwei Jahren ein gewaltiges Pensum geleistet, wir haben schwierigste Entscheidungen getroffen — und das sage ich mit Stolz vor Ihnen, durch deren Vertrauen ich in

dieses Amt berufen wurde —, zu denen keine andere politische Gruppe und Partei die innere Kraft hätte und haben wird. Das meiste ist schon wieder vergessen, und deswegen will ich einige Punkte aufzählen. Wir haben in einer ungewöhnlich schwierigen Zeit innerhalb von wenigen Wochen nach dem 1. Oktober 1982 die Haushaltsbeschlüsse gefaßt, und da ist manches heute im Rückblick nicht so, wie es, wenn wir mehr Zeit gehabt hätten, besser hätte gelingen können. Aber ich will doch erwähnen, unter welch einem Druck das alles geschehen ist.

Und dann haben wir Neuwahlen versprochen. Ich sehe heute noch den Herrn Brandt, wie er zu mir sagt, das ist die Bringschuld des Helmut Kohl. Und jetzt fragen Sie sich doch einmal hier in diesen Reihen — von den Damen und Herren, die uns kommentierend begleitet haben, will ich schon gar nichts sagen —, wie viele geglaubt haben, daß diese Neuwahlen kommen würden und wie viele dann geglaubt haben, als sie ausgeschrieben waren, daß wir gewinnen würden. Es gab bemerkenswerte Zeugnisse des Kleinmutes, und da zeigte sich eben, daß die Union immer auch eine bürgerliche Partei ist.

Und, liebe Freunde, wir haben diese Wahl gewonnen mit dem stolzen Ergebnis von 48,8 %. Ich sage das, weil man manchmal bis hinein in den Kreis der Freunde der Koalition den Eindruck hat, wir hätten damals die Wahl verloren. Wir haben gemeinsam ein fantastisches Ergebnis erzielt, das zweithöchste Ergebnis in der Geschichte der Unionsparteien. Und ich füge hinzu:

Das war mein zweites Ergebnis mit 48 %. Ich bin so verwegen hier zu sagen, daß ich nicht den geringsten Zweifel habe, daß wir bei einer dritten

Rede Helmut Kohl

BUNDESAUSSCHUSS

Wahl, die ich mit Ihrem Vertrauen versehen bestreiten darf, mindestens bei dieser Quote, bei dieser Meßlatte wieder ankommen werden.

Liebe Freunde, wir mußten Spargesetze durchsetzen: 30 Millionen Bundesbürger waren betroffen von Einsparungen in Höhe von 30 Milliarden DM. Das ist eine gewaltige Zahl. Und ich weiß, wovon ich spreche, ich weiß, was es bedeutet für den Steuersekretär — mein Vater war ein solcher —, für den Oberfeldwebel bei der Bundeswehr in der Besoldungsgruppe A 6, A 7 oder für andere. Ich weiß, was es bedeutet hat, wenn wir ihnen in Nullrunden weitere Opfer zugemutet haben. Wir haben es getan, weil der sichere Arbeitsplatz beim Staat angesichts von Millionen-Arbeitslosigkeit ein solches Pfand ist, daß der, der es besitzt, auch Verständnis haben muß für andere.

Ich sprach schon davon: Wir haben den NATO-Doppelbeschluß durchgesetzt. Liebe Freunde, was ist nicht alles vor Jahresfrist — wir werden wohl noch daran erinnern dürfen — an Feigheit, an Ängstlichkeit, zum Teil auch an Hysterie durchs Land getrieben worden. Wir haben jene, die ernsthaft ihre Angst deutlich gemacht haben, nie gering geschätzt.

Ein Volk, das zwei Weltkriege hinter sich gebracht hat, in dem es kaum eine Familie gibt, die nicht nächste Familienangehörige zu betrauern hat, ein Volk, das sich mit seinen Nachbarn in Verdun treffen muß, weil man es 60 Jahre lang gar nicht über sich brachte, sich gemeinsam an diesem Ort zusammenzufinden — ein solches Volk weiß, was Frieden heißt.

Wir sind im Bereich der Umwelt vorangekommen, ich sprach davon. Stichworte: TA-Luft, umweltfreundliches Auto.

Wir haben 1983 einen Lehrstellenrekord geschaffen, und wir werden einen Lehrstellenrekord 1984 hinzufügen.

Norbert Blüm wird über die Hinterbliebenenversorgung, die Vorruhestandregelung, das Vermögensbeteiligungsgesetz, das Beschäftigungsförderungsgesetz, den Familienlastenausgleich berichten. Ich habe das Notwendige zur Steuerreform gesagt.

Und, meine Freunde, wir haben nicht nur über Reprivatisierung gesprochen, wir haben damit begonnen, und wir werden fortfahren, und meine Erfahrungen etwa rund um Buschhaus haben mich ungewöhnlich ermutigt, jetzt noch viel tatkräftiger voranzugehen. Ich kann nicht erkennen, daß der Staat besonders gut beraten ist, wenn er mit seinen Funktionären — das Wort nun in seinem besten Sinne — wirtschaftliche Entwicklungen betreiben will. Wir werden in den nächsten Wochen neue Vorschläge unterbreiten. Wir haben uns auf dem Feld der Entbürokratisierung ein gewaltiges Pensum vorgenommen. Das neue Baugesetzbuch wird, so wie ich die Dinge einschätze, in dieser Legislaturperiode Wirklichkeit.

Mit einem Wort: Die Talfahrt konnte gestoppt werden, die Wirtschaft wächst wieder, Investitionen sind in Gang gekommen, wir haben stabile Preise. In diesem Jahr werden, selbst die Gewerkschaften können es nicht bestreiten, die Einkommen wieder real steigen. Wir haben noch nicht alles, was zur Stärkung der Familie möglich ist im Bereich der Rechtspolitik getan, aber in den Dingen, die die Familie materiell unmittelbar berühren, sind wir in der Gesetzgebung. Wir haben etwas für die Zukunftsorientierung der Wirtschaft auch und nicht zuletzt im Bereich der Forschungsförderung getan. Wir haben versucht, dem Gedanken besser gerecht zu

werden, daß weniger Staat für den Bürger besser ist, daß Vertrauen besser ist als Mißtrauen und Kontrolle und daß sich Leistung wieder lohnen muß.

In der Außenpolitik haben wir Irritation überwunden und die Berechenbarkeit deutscher Politik wieder hergestellt. Wir haben auch im Blick auf unsere Beziehungen zur DDR Entscheidungen getroffen, die niemand in dieser Form für möglich gehalten hatte, und damit auch menschliche Erleichterungen geschaffen.

Viele Entscheidungen liegen noch vor uns. Ich sprach von der Arbeitslosigkeit, von der Jungakademikerarbeitslosigkeit, von dem unübersehbaren Nord-Süd-Gefälle in der Bundesrepublik, generell von der Stärkung des Gedankens und der Idee der Sozialen Marktwirtschaft. Ich denke an die Zukunftsinvestitionen, die wir brauchen. Nach dem Zeitplan der Koalition stehen wir jetzt auch vor einer Reihe wichtiger Entscheidungen in der Innen- und Rechtspolitik. Ich bin ganz sicher, daß wir diese Entscheidungen gemeinsam treffen werden.

Die Wende der deutschen Politik ist nicht durch einen Parteitagsbeschluß zu erreichen, sondern durch den entschiedenen Willen einer politischen Kraft wie der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Ich denke, wir haben eine gute Chance, unser Ziel zu erreichen, wenn wir dieses Ziel gemeinsam entscheiden, energisch, geduldig und mutig zugleich ansteuern. Und ich sage ein Letztes:

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die Wahl 1987 und übrigens auch die Landtagswahlen sehr stark von den materiell bewegenden Fragen beherrscht werden, von Fragen nach der wirtschaftlichen Entwicklung, der Arbeitslosigkeit, der Sicherung der Ren-

ten, der Zukunftschance für die jungen Leute — mit einem Wort: der sozialen Gerechtigkeit. Aber ich sage schon jetzt, daß es noch wichtiger sein wird, inwieweit wir die geistige Herausforderung begreifen.

Wir haben nie für uns beansprucht, daß Politik und schon gar die Politik einer Partei für sich allein geistige Führung bedeuten kann. Alle Kräfte der Gesellschaft müssen hier ihren Beitrag leisten. Die Rolle, die Bedeutung der Kirche brauche ich in diesem Kreis nicht zu erwähnen. Dazu gehören die Gewerkschaften, die Unternehmer mit ihren wichtigen Verbänden, es gehören aber auch die vielen Gruppen im Lande dazu, die so selten genannt werden, obwohl sie Millionen von Menschen umfassen, obwohl sie die Kulturlandschaft der Deutschen prägen. Ich nenne den Bereich der Volksmusik nur als einen Bereich für Dutzende.

Der Reichtum unseres Landes ist die Vielfalt unserer Kultur und die Offenheit für Anregungen aus anderen Ländern der Welt. Dazu gehört auch, daß wir ganz persönlich unsere Mitbürger darauf ansprechen, daß sie bereit sind, etwas für unser Land zu tun. Es geht entscheidend darum, daß wir eben nicht nur die Frage aufwerfen, was tun andere, was tut der Staat, was tut die Gesellschaft, sondern daß wir jene politische Gruppe sind, die die Frage stellt: Was tust du für das Ganze.

Berlin im Jahre 1984, im Blick zurück auf den 20. Juli 1944, ist der richtige Platz um sich nachdenklich diesen Fragen zu stellen und zu beantworten. Meine Bitte an Sie alle ist, daß Sie dabei mithelfen, mir persönlich Ihre Unterstützung geben und der großartigen Idee, die unsere politische Heimat ist: der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Heiner Geißler:

Auf die geistigen und politischen Herausforderungen der Industriegesellschaft eine humane Antwort geben

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist jetzt fast auf die Stunde am 1. Oktober 1982 zwei Jahre her, daß im Deutschen Bundestag Helmut Kohl durch das konstruktive Mißtrauensvotum gegen den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt zum Bundeskanzler gewählt worden ist. Helmut Kohl hat in seiner Rede den Dank ausgesprochen, an die Partei, an die Fraktion, an den Bundesrat. Ich glaube, daß es richtig ist, an diesem Tag nach diesen zwei Jahren den Dank und die Anerkennung der Christlich Demokratischen Union Helmut Kohl für die verantwortliche Regierungsarbeit auszusprechen, nicht nur im Dienste unserer gemeinsamen Sache, sondern im Dienste des ganzen deutschen Volkes. Das was damals entschieden worden ist, und was in den vergangenen zwei Jahren an politischer Leistung erbracht wurde, möchte ich, ohne zu überziehen, als eine historische Leistung bezeichnen, die der Bundeskanzler vollbracht hat.

Und ich möchte dies auch begründen: Die neue Regierung Helmut Kohl ist aus zwei wesentlichen geschichtlichen Bedingungen und Ursachen heraus gebildet worden:

1. Um einen neuen Anfang in der Außen-

politik zu machen, um die Bundesrepublik aus dem Zwielficht herauszuführen, in das die SPD die Bundesrepublik Deutschland durch ihren Widerstand gegen die Politik des Bündnisses gebracht hatte. Das Bündnis ist wieder gefestigt, die Bundesrepublik ist aus dem Zwielficht herausgekommen, und mit der Festigung des Bündnisses haben wir gleichzeitig auch die Sicherung des Friedens erreicht. Dies wäre ohne die Entscheidung im Parlament gegen die damalige Regierung anzutreten, aber auch ohne die mutige Entscheidung, am 6. März Neuwahlen durchzusetzen, nicht erreichbar gewesen. Dies alles, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nur deswegen erreicht worden, weil die Christlich Demokratische Union und weil Helmut Kohl in einer historischen Stunde den Mut aufbrachten, eine andere, eine bessere Politik durchzusetzen.

2. Und diese Regierung ist gebildet worden, um in der Wirtschaftspolitik das Ruder herumzuwerfen, für mehr private Investitionen, für mehr Wirtschaftswachstum, für die Förderung des technischen Fortschritts, um die Schuldenwirtschaft der SPD zu beenden.

Diese Ziele waren und sind die Voraussetzung für den äußeren Frieden und den sozialen Frieden im Innern. Wir haben in diesen zwei Jahren Inhalte verwirklicht, die die Christlich Demokratische Union in den langen Jahren der Opposition durch eine programmatische Erneuerung erarbeitet

BUNDESAUSSCHUSS

Rede Heiner Geißler

hat. Ich erinnere hier an den Bundesparteitag in Ludwigshafen. Das, was an grundlegenden Veränderungen in der Außenpolitik und in der Gesellschaftspolitik verwirklicht wurde, wäre nicht möglich gewesen, wenn die CDU sich in der Oppositionszeit nicht programmatisch erneuert und auf die Regierungsarbeit vorbereitet hätte. Die CDU hat eine intensive Programmdiskussion geführt, deren Ergebnisse und Beschlüsse heute Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt worden sind.

Wir haben heute politische Auseinandersetzungen um das imperative Mandat und um die Fragen, welche Rolle die Partei spielt, z. B. gegenüber dem Parlament, der Regierung und gegenüber den Fraktionen. Hier ist unsere Position klar. Wir lehnen das imperative Mandat ab.

Aber wir waren auf der anderen Seite auch immer der Meinung, daß Parteitagebeschlüsse nicht Beschlüsse nur für Festtage sind, sondern daß sie für den politischen Alltag gefaßt werden. D. h. die Partei erwartet, daß diejenigen von uns, die in den Fraktionen und in den Regierungen Verantwortung tragen, diese Beschlüsse, soweit dies geht, auf der Grundlage der politischen Realitäten auch umsetzen.

Und wir können als Christlich Demokratische Union hier eine positive Bilanz ziehen. Ich will hier nur einige wenige Punkte anführen:

Wir haben entscheidende Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt. Auf dem Mannheimer Parteitag 1975 faßte die CDU einen einstimmigen Beschluß zum Thema „Frau und Gesellschaft“. Es ist der erste Beschluß einer großen Partei zu diesem Thema gewesen. Zur Verwirklichung des Leitbildes der partnerschaftlichen Familie trat die Union für Wahlfreiheit, für die Einführung eines Erziehungsgeldes und für die Anerkennung von Erziehungsjahren in der Renten-

versicherung ein. In den ersten eineinhalb Jahren unserer Regierungsverantwortung hat die von der CDU und von Bundeskanzler Helmut Kohl geführte Regierung diese entscheidenden gesellschaftspolitischen Forderungen von Mannheim in familienpolitische Beschlüsse umgesetzt. Es handelt sich um Beschlüsse der Bundesregierung, und ich habe keinen Zweifel, daß im Parlament die Mehrheit von CDU/CSU und FDP diese entscheidende gesellschaftspolitische Veränderung und Verbesserung zur Stärkung unserer Familien durchsetzen und bestätigen wird. Dies ist ein großer Fortschritt.

Um unsere Familienpolitik führen wir im Moment eine Diskussion in der Öffentlichkeit. Schlagen Sie nur den heutigen „Spiegel“ auf. Dort setzt sich eine der führenden Feministinnen auf einer falschen Basis und unter Heranziehung falscher Zitate mit unserer Familienpolitik auseinander. Unsere Position ist klar, und wird es auch in Zukunft bleiben. Unsere Politik will den Frauen in unserer Gesellschaft nicht vorschreiben, was sie zu tun haben, sondern zentraler Ausgangspunkt unserer Frauen- und Familienpolitik war und ist, die Wahlfreiheit für die Frau zu verbessern, und damit einen wichtigen Beitrag zu mehr Gleichberechtigung der Frau zu leisten. Wenn sich also Frauen dafür entscheiden, ihren erlernten Beruf auszuüben, den sie möglicherweise genauso lieben wie die Männer, dann hat niemand von uns das Recht, diesen Frauen deswegen ein schlechtes Gewissen einzureden. Es ist ihre Entscheidung. Und die Politik hat dies zu akzeptieren.

Aber wir haben im Gegensatz zu den Sozialdemokraten von einer Frauenpolitik und einer Familienpolitik Abstand genommen, die geistesgeschichtlich auf einem marxistischen Menschenbild aufbaut, das den Menschen als produzierendes Wesen definierte und alle gesellschaftlichen

Werte von der produktiven Leistung in der Industriegesellschaft abhängig machte.

Friedrich Engels hat ja nicht umsonst erklärt, daß er unter Emanzipation die Hineinführung des gesamten weiblichen Geschlechtes in den Industrieprozeß verstehe. Daß das Mutterschaftsgeld, das die Sozialdemokraten beschlossen haben, nur für Frauen bezahlt wird, die sich in einem abhängigen Arbeitsverhältnis befinden, an andere Frauen, die nicht in diesem Sinne erwerbstätig sind, dagegen nicht, hat seine geistige Grundlage in diesem falschen Verständnis der Emanzipation.

Hier haben wir eine grundlegende Veränderung herbeigeführt, in dem wir durch Erziehungsgeld und durch die Anerkennung der Erziehungsjahre mehr Wahlfreiheit, mehr Gleichberechtigung für die Frauen herbeiführen, die sich für ihre Aufgabe in der Familie, für die Erziehung der Kinder entschieden haben. Dies ist unsere Konzeption. Ich sage dies deswegen, weil wir immer wieder gefragt werden, wo ist die geistige und gesellschaftliche Veränderung nach der Regierungsübernahme durch uns zu sehen, z. B. in diesem wichtigen gesellschaftspolitischen Thema. Dies gilt auch für unser Verhältnis zum § 218. Wir kennen alle die politische Situation, auch die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag. Es wird mit einem an uns adressierten Vorwurf von der Aushöhlung des § 218 gesprochen, als ob wir den reformierten § 218, im Sinne einer Verschärfung der Indikationslösung aushöhlen wollten. Die Wirklichkeit ist doch eine ganz andere. Sie besteht darin, daß dieser reformierte § 218 in der Praxis dadurch ausgehöhlt wird, daß er in vielen Bereichen zu einer Fristenlösung umgefälscht wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der reformierte § 218 ist ein gesellschaftspolitischer Kompromiß, der nur aufrecht erhalten werden kann, wenn alle, die an

diesem gesellschaftspolitischen Kompromiß mitgewirkt haben, dieses Gesetz auch einhalten. Das ist das Mindeste, was wir verlangen müssen. Und wir gehen einen Schritt weiter. Ich habe als Sozialminister in Rheinland-Pfalz vor 10 Jahren, als die Fristenlösung debattiert worden ist, gesagt, Strafrechtsänderungen sind damals hin und her durchgeführt worden, aber die gesetzgebenden Körperschaften waren nicht in der Lage, ein sozialpolitisches Programm für die Frauen aufzustellen, die durch eine Schwangerschaft in eine soziale Konfliktsituation geraten. Das haben wir damals bedauert. Wir tragen jetzt zwei Jahre Regierungsverantwortung und haben von der Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ über das Erziehungsgeld bis zu den Erziehungsjahren in der Rentenversicherung und einem Familienlastenausgleich von insgesamt 10 Milliarden DM Hervorragendes erreicht. Dies ist ein großartiges Ergebnis, weil durch diese Entscheidung sichergestellt ist, daß in diesem reichen Land, Bundesrepublik Deutschland mit einem Bruttosozialprodukt von über 1,7 Billionen DM, keine Frau deswegen, weil sie ein Kind erwartet, in eine soziale Notlage geraten darf. Dies ist ein ganz wichtige Entscheidung mit einer grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Veränderung gewesen.

Für die CDU ist der Umweltschutz kein Thema, das erst jetzt entdeckt werden mußte. Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hat 1964 die TA-Luft erlassen, die von den SPD-geführten Regierungen nicht den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechend angepaßt wurde.

Im Grundsatzprogramm von 1978 haben wir die „Sicherung der ökologischen Zukunft unseres Gemeinwesens“ als fünftes Ziel der Wirtschaftspolitik genannt. Die CDU war die erste deutsche Partei, die 1979 ein umfas-

sendes umweltpolitisches Programm vorlegte. Während die SPD jahrelang über den Umweltschutz nur geredet hat, haben wir gehandelt!

Bereits wenige Monate nach der Regierungsübernahme haben wir die TA-Luft verschärft und die Großfeuerungsanlagen-Verordnung verabschiedet.

Mit der Einführung des abgasarmen Autos und des bleifreien Benzins ab 1986 hat die unionsgeführte Bundesregierung einen Meilenstein im Umweltschutz gesetzt.

Auch im Umweltschutz haben wir also den Anfang hin zum Besseren gemacht. Am letzten Samstag habe ich an einer gemeinsamen Konferenz der Alpenvereine aus Österreich, Deutschland und Südtirol teilgenommen, die für den Umweltschutz eine große Bedeutung haben. Es sind immerhin über 800 000 aktive Mitglieder in Deutschland und Österreich, die eine große Ausstrahlung auf Millionen von Menschen haben, die sich in der Natur als Skifahrer, als Bergsteiger, als Kletterer oder als Wanderer bewegen. Da sind auch einige Grüne aufgestanden und haben mir die Frage gestellt, wie ich mich fühle, nachdem jetzt von der Bundesregierung über das abgasarme Auto mit diesen Einschränkungen und Verzögerungen entschieden wurde. Was ich darauf gesagt habe, das brauche ich jetzt nicht darzustellen. Aber der Vorsitzende des österreichischen Alpenvereins, hat der Bundesregierung auf dieser Versammlung ausdrücklich dafür gedankt, daß von der Regierung Helmut Kohl bereits nach 1½ Jahren Beschlüsse gefaßt worden sind, die in den kommenden vier Jahren die Schadstoffemissionen z. B. beim Schwefel um die Hälfte reduzieren, d. h. es werden eine Million Tonnen Schwefel weniger als in der Vergangenheit in die Umwelt abgegeben. Für den Alpenraum in Österreich und weit darüber hinaus ist dies von entscheidenden

der Bedeutung. Die Bundesregierung hat er ausdrücklich dazu ermutigt, auf diesem Weg fortzufahren. Er hat völlig zu Recht dargestellt, was ja offenbar bei uns einige Leute überhaupt nicht wahrnehmen wollen, daß die Bundesregierung bei diesen Entscheidungen europäisch gesehen, keinen Beifall bekommt. Es gibt höchstens Widerstand gegen die Bundesregierung, die auf diesem Sektor eine Schrittmacherfunktion innehat. Das Ausland sieht unsere Leistungen. Ich möchte mir eigentlich wünschen, daß mehr Leute im Inland endlich einmal begreifen würden, was hier entschieden worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, Helmut Kohl hat zur Kommunalwahl in NRW einiges gesagt. Die Kommunalwahl in NRW muß wegen der Verluste zu einer selbstkritischen Analyse Anlaß geben. Aber, diese Kommunalwahl ist kein Anlaß zur Entmutigung. Die CDU besteht nicht aus dem Material, das sich durch Verluste bei einer Wahl, bei Kommunal- oder Landtagswahlen weicklopfen läßt. Das Ergebnis ist vielmehr eine Herausforderung.

Es gibt in jeder historischen Periode Höhen und Tiefen. Dies ist der jetzigen Oppositionspartei, der SPD in der Zeit, in der sie in Bonn an der Regierung war, nicht anders ergangen. Das soll aber nicht heißen, daß wir eines Tages deren Schicksal erleiden wollen. Aber ich kann ein Rezept verraten, wie wir das Schicksal der Sozialdemokratischen Partei für uns verhindern können: Wir dürfen den Fehler, den die Sozialdemokraten gemacht haben, nicht wiederholen. Die Sozialdemokratische Partei hat die Regierungsverantwortung deswegen verloren, weil sie in entscheidenden politischen Fragen nicht mehr bereit war, die Politik ihrer eigenen Regierung und ihres Bundeskanzlers mitzutragen. Es wird ja durchaus zu Recht die Frage gestellt, hat die Partei, wenn sie Regie-

Rede Heiner Geißler

BUNDESAUSSCHUSS

rungspartei ist, und diese Frage richtet sich natürlich an den Generalsekretär, nicht die Aufgabe, sozusagen kritisch der eigenen Regierung gegenüberzustehen und ihr sozusagen Dampf zu machen. Ich möchte gerne dazu folgendes sagen:

Wir haben die Aufgabe, in dieser schwierigen und kritischen Situation die eigene Regierung zu unterstützen. Wir haben nicht die Aufgabe, sie zu bekämpfen. Und was kritisch anzumerken ist, muß in den dafür zuständigen Gremien vorgetragen werden. Das ist auch notwendig. Aber eine Partei kann, wie eine Fußballmannschaft, schlecht gewinnen, wenn einige Stürmer aus dieser Mannschaft auf das eigene Tor schießen, und andere während des Spiels sich auf die Zuschauertribüne begeben und zusehen, wie die anderen versuchen, das Spiel zu Ende zu bringen.

Wir haben während einer Kommunalwahl, und dies gilt auch in der Zukunft bei Landtagswahlen, als verantwortliche Mandatsträger der Partei die Aufgabe, die eigenen Leute zu unterstützen und den politischen Gegner zu bekämpfen, und nicht umgekehrt. Dies gilt auch für öffentliche Aussagen. Natürlich muß noch etwas hinzukommen, denn die Partei hat auch darüber hinausgehende Aufgaben. Wir haben die Aufgabe Perspektiven zu entwickeln, die über eine Legislaturperiode hinausreichen. Wir haben das in der Zeit der Opposition auch getan. Eine richtige Problemanalyse vornehmen und daraus auch mittel- und langfristige politische Folgerungen ziehen, und diese konzeptionellen und inhaltlichen Überlegungen in die Arbeit der Regierung und auch der Fraktion einfließen zu lassen.

Wenn man die aktuelle politische Auseinandersetzung über die politischen Probleme verstehen will, muß man die geistigen Motive verstehen, die diese bestimmen.

Wir leben heute in einer Zeit, in der zu

Recht die Bedrohung der Umwelt als großes Problem dargestellt wird. Aber so bedrohlich die Bedrohung der Umwelt ist, so bedrohlich scheint mir auch etwas anderes zu sein, nämlich eine kollektive Depression, eine Katastrophenstimmung und negative Utopien, die sich in den Köpfen vieler Menschen, leider auch vieler junger Menschen eingenistet haben, verbunden mit dem Verlust aller Maßstäbe im historischen wie im internationalen Vergleich. Das führt zu einer Umkehrung der Wertmaßstäbe, aus verlässlichen Freunden werden in den Köpfen vieler Menschen Feinde gemacht und umgekehrt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen untersuchen, welche geistigen und ethischen Motive diese Auseinandersetzungen bestimmen. Dabei stoßen wir auf einige wichtige Punkte.

Zunächst einmal überhaupt der Zweifel am Fortschritt, der hier artikuliert wird. Und es ist die Frage, wovon lassen wir uns in der Bundesrepublik Deutschland bei den politischen Entscheidungen leiten, von einem Maßstab der Rationalität oder der Irrationalität. Es kann gar kein Zweifel daran bestehen, wenn man sich die agierenden Personen der Sozialdemokratischen Partei und auch der Grünen vor Augen hält, daß von den Grünen, aber auch von weiten Teilen der Sozialdemokratischen Partei der erfolgreiche Versuch unternommen wird, die politische Auseinandersetzung auf die emotionale Schiene zu schieben. Auf die „Emoschiene“, wie es die Grünen sagen. Und sie verbreiten dadurch Unsicherheit, und aus der Unsicherheit der Menschen entsteht die Angst, und mit der Angst gehen diese Leute in einer besonderen Form um. Die wirklich vorhandene Bedrohung, also eine begründete Angst vor totalitären Systemen, wird bagatellisiert, und die Angst im eigenen Land wird geschürt.

Wir müssen uns dieser emotionalen Kampagne entgegenstellen, indem

BUNDESAUSSCHUSS

Rede Heiner Geißler

wir unsere eigenen Inhalte nicht nur interpretieren und darstellen, sondern daß wir sie auch realisieren, und indem wir die Hintergründe dieser Kampagne aufzeigen.

Ich habe gestern abend im Fernsehen Herrn Mechttersheimer gesehen, der gegen den amerikanischen General Wetzel zu Felde zog, und erklärte, dieser General sei in unserem Land unerwünscht, weil er sich an die hessische Landesregierung gewendet und um Schutz vor kriminellen Aktionen aus dem Bereich der Grünen und der Alternativen gebeten hat. Ich stelle hier fest, dieser amerikanische General ist nicht nur unser politischer Freund, sondern er hat mit seiner Kritik an der Friedensbewegung Recht gehabt.

Nicht der amerikanische General ist bei uns unerwünscht, sondern ein SPD-Mann, wie der hessische Innenminister, der kriminelle Aktionen bagatellisiert und die Verbündeten kritisiert, wäre, wenn politische Maßstäbe in der SPD noch Gültigkeit hätten, eigentlich für den Rücktritt reif.

Wir leben in einer Zeit großer Probleme. Die Menschheitsprobleme Hunger in der Welt, Sicherung des Friedens und Schutz der natürlichen, der sozialen, der kulturellen Umwelt sind so groß, daß man vor der Aufgabe, diese Probleme zu bewältigen, fast scheitern möchte. Aber, von den Grünen, von den Alternativen und von Teilen der SPD werden Lösungsvorschläge gemacht, die behaupten, man müsse, um diese Probleme zu bewältigen, den neuen Menschen schaffen, eine neue Gesellschaft auf die Beine stellen, eine heile Welt müsse propagiert werden. Um dies zu erreichen, müßten nur entsprechende Forderungen realisiert werden, nämlich die Abschaffung der Technik, der Marktwirtschaft, der Chemie und der Kernkraft, die Rückkehr zur Natur und zur einfachen Lebensweise wären das Erstrebenswerte. Solcherlei Forderungen haben eine große

Ähnlichkeit mit totalitären Aussagen aus anderen Bereichen, in denen totale, ganzheitliche Lösungen für konkrete und partikuläre Probleme versprochen werden. In allen totalen, ganzheitlichen Lösungen für konkrete Probleme aber liegt eine große Verführung für jene, die nicht begreifen, daß die Probleme immer komplexer werden. Einer der Grundwidersprüche unserer Gesellschaft besteht nämlich darin, daß komplexen Problemen einfache Lösungen gegenübergestellt werden. Die Politik unternimmt häufig, wenn sie ihre Aufgabe falsch versteht, den Versuch, auf schwierige Probleme simple, einfache Antworten zu geben: „Lieber rot als tot“, „Kernkraft — nein Danke“.

In Wirklichkeit ist es aber so, daß wir auf komplexe Probleme differenzierte Antworten geben müssen. Und dies muß im demokratischen Prozeß geleistet werden, das ist eine mühsame Aufgabe. Wir können nicht, wenn große Probleme vorhanden sind, immer nach revolutionären Ufern Ausschau halten, wie es der Bundesgeschäftsführer der SPD, Herr Glotz, in seinem Buch „Die Arbeit der Zuspitzung“ getan hat, in dem er prophezeit, daß es Ende der 80er Jahre zu revolutionären Entwicklungen in unserer Gesellschaft kommen solle. Wir müssen uns daran gewöhnen, und mit uns die eigenen Bürger, große Probleme in unserer Gesellschaft demokratisch zu lösen. Nicht autoritär, nicht revolutionär, sondern demokratisch, mühsam, mit Kompromissen, nicht irrational und emotional, sondern rational. Das ist eine Aufgabe, die wir leisten müssen.

Diese Aufgabe können wir nicht bewältigen, wenn wir der Diskussion ausweichen, oder wenn wir selber auf die „Emoschine“ gehen. Wir müssen uns dem mühsamen Prozeß der demokratischen Entscheidungsfindung unterziehen, das Für und das Wider abwägen, diskutieren und schließlich das Ergebnis dieses rationalen Pro-

zesses demokratischer Entscheidungen auch durchsetzen.

Totalitäre Verführungen werden auch dadurch erleichtert, daß wir zunehmend einen Verlust der Mitte zu beklagen haben, weil der Glaube an Gott auch in unserer Gesellschaft immer mehr verlorengeht. Ich möchte mal einen Exkurs zu den Kirchentagen machen, die wir in diesem Jahr und im letzten Jahr gehabt haben. Das Leben war ein beherrschendes Motto dieser Kirchentage. Das Leben bewahren, das Leben wagen. Wenn man die vielen Menschen gefragt hat, die an diesen Kirchentagen teilgenommen haben, von welchem Leben sie eigentlich reden, konnte man feststellen, daß sie vor allem von diesem Leben geredet haben. Dagegen ist nichts einzuwenden, wenn man von diesem Leben spricht und dieses Leben verbessern will. Das wollen wir auch. Aber es ist etwas dagegen einzuwenden, wenn auf diese Weise die politischen Fragen theologisiert werden, wenn Fragen praktischer, politischer Art in der unmittelbaren Anwendung theologischer Aussagen bewältigt werden sollen unter der Überschrift der Bergpredigt und des Evangeliums.

Die Theologisierung der Politik aber hat unabsehbare Folgen, wie wir beispielsweise in islamischen Staaten, wie z. B. in Persien, sehen, wo der Koran unmittelbare Anwendung in der Politik findet. Ich bin, was die Politik der Christlich Demokratischen Union betrifft, auch mißverstanden worden. Katholische Sonntagszeitungen zitieren mich negativ, weil ich gesagt hätte, es gäbe keine christliche Politik. Dieser Auffassung bin ich auch; es gibt keine christliche Politik in dem Sinne einer unmittelbaren Anwendung des Evangeliums auf die Politik, sondern wir haben das geistige Fundament unserer Politik im Grundgesetzprogramm unserer Partei genau beschrieben, wo wir gesagt haben, wir betreiben eine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes. Dies ist et-

was anderes. Ich bin dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, dankbar, daß er dem theologisierten Materialismus in seiner Auseinandersetzung mit der Theologie der Befreiung eine Absage erteilt hat.

Wir wollen die Dinge nicht so lassen, wie sie sind, ganz im Gegenteil, wir wollen die Lebensbedingungen der Menschen verbessern. Aber wir dürfen den Menschen nicht eine heile Welt vorgaukeln. Alle, die eine heile Welt, das Paradies auf dieser Erde schaffen, das Nullrisiko einführen wollen, auch für die Chemie, für die Arzneimittel, für die Umwelt, geben eine verführerische, totalitäre, aber falsche Antwort, geben ein Versprechen, das politisch nicht gehalten werden kann.

Gleichzeitig erfolgt damit auch eine Verschiebung des Koordinatensystems, die Rangfolge der politischen Ziele und Probleme wird auf den Kopf gestellt. Natürlich ist die Umwelt ein großes Problem, und es fordert uns heraus, wenn jedes Jahr tropische Regenwälder in der Größenordnung der Bundesrepublik Deutschland verschwinden, weil auch die Industriestaaten und andere eine falsche Energie- oder eine falsche Wirtschaftspolitik machen.

Aber ich muß auf der anderen Seite angesichts unserer Diskussion um diese Probleme und vieles andere mehr darauf aufmerksam machen, daß wir von 150 Staaten in der UNO gerade noch 30 Demokratien haben, und daß in der Zeit, in der wir hier in Berlin zusammensitzen, über 3 Milliarden Menschen auf der Welt leben, denen die Menschenrechte, die Achtung der Menschenwürde, denen die Freiheit, denen die soziale Gerechtigkeit vorenthalten werden. Sie werden dessen beraubt, was eigentlich den Menschen überhaupt erst zum Menschen macht, nämlich die Achtung und der Schutz der Einzigartigkeit und Unverletzlichkeit der menschlichen

BUNDESAUSSCHUSS

Rede Heiner Geißler

Person. 3 Milliarden lebendige Menschen werden unterdrückt, befinden sich in staatlichen Systemen, ob es nun kommunistische Diktaturen sind, ob es islamische Feudalsysteme sind, ob es links- oder rechtsgerichtete Militärdiktaturen in Lateinamerika sind. Sie müssen in Gesellschaftsordnungen leben, die ihnen ihre menschliche Würde raubt. Die Bedrohung der Menschenwürde müßte, wie die Gefährdung der Umwelt, uns eigentlich ebenso aufregen, denn sie ist mindestens genauso bedrohlich.

Und dies ist auch etwas, was junge Menschen bei uns in der Bundesrepublik Deutschland faszinieren müßte, eben nicht nur einzutreten für eine gesunde Umwelt, die uns hier umgibt, sondern auch mal an die anderen zu denken. Was müssen denn junge Leute in Polen oder anderswo, die frei sein und sozial gerecht behandelt werden möchten, von dieser Gesellschaft denken, wenn sie über die Vorgänge hier bei uns informiert werden. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir in dieser Zeit und auf diesem geistigen Hintergrund eine neue Aufklärung brauchen, eine neue Aufklärung über die Ordnung der Werte und über die Rangfolge der politischen Ziele und eine geistige Offensive, diese Rangfolge auch durchzusetzen. Dabei muß, ich rede nicht an der politischen Realität vorbei, deutlich gemacht werden, daß die Menschen hier freiwillig dieser Verfassungsordnung den Vorrang geben, weil sie davon überzeugt sind, daß Demokraten eben eine bessere Politik machen können als totalitäre Politiker. Hier liegt unsere Verantwortung.

Die geschichtliche Wahrheit hilft uns bei der Durchsetzung einer richtigen Rangordnung der Werte, weil wir wissen, daß bei Wahrung der Menschenrechte und der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit größere Chancen bestehen, die Probleme der Umwelt und des Hungers zu lösen und die Sicherung des Friedens zu gewährleisten.

Demokratische Systeme ermöglichen im Unterschied zu totalitären Systemen menschengerechte Lösungen auch von großen Problemen. Diese Einsicht hilft uns. Wir sollten dies ohne falsche Scheu offensiv vortragen, wir müssen aus der Defensive heraus.

Wir müssen uns nach folgenden Maximen ausrichten:

Erstens: ein romantischer Rückfall und ein Aussteigen aus dieser Industriegesellschaft, aus der Sozialen Marktwirtschaft hätte für die Menschen ebenso katastrophale Folgen wie ein blinder Fortschritts Glaube. Saubere Umwelt, soziale Sicherheit, hoher Lebensstandard, persönliche Freiheit gibt es zumindest bei uns in Europa nicht gegen die Industriegesellschaft, sondern nur in der Industriegesellschaft. Wir haben bei den Stuttgarter Leitsätzen gesagt: es gibt zur modernen und humanen Industriegesellschaft keine Alternative, es gibt aber sehr wohl humane Alternativen in der Industriegesellschaft, und da nenne ich noch einmal unsere Sozialpolitik, die Familienpolitik und unsere Umweltpolitik.

Zweitens: wir brauchen nicht nur ein heißes Herz, sondern vor allem einen kühlen Verstand, um mit den Widersprüchen unserer Zeit fertig zu werden. Wir brauchen die Koalition einer kompetenten Wissenschaft mit einer verantwortlichen Politik. Nicht eine Mobilisierung der Gefühle, sondern die Mobilisierung von Wissen hilft uns jetzt weiter.

Drittens: Betroffenheit mag eine Voraussetzung zur Problemerkennntnis sein, sie ist aber kein Ersatz für die rationale Suche nach Problemlösungen. Den Menschen in der Dritten Welt ist nicht damit geholfen, daß Alternative, Grüne und andere zum Kaffeepflücken nach Nicaragua fahren und bei uns das Nullwachstum propagieren. Natürlich kann man sich eine bessere Welt vorstellen, aber man kann sich auch bes-

Rede Heiner Geißler

BUNDESAUSSCHUSS

sere Weltverbesserer vorstellen, und wir sollten die besseren Weltverbesserer sein, indem wir den Versuch unternehmen auf der Basis dessen, was ich versucht habe darzulegen, unsere Politik zu realisieren.

Auf diesem Hintergrund vollzieht sich die Auseinandersetzung mit den Grünen, mit den Alternativen und in diesem Zusammenhang auch mit der Sozialdemokratischen Partei. In dieser
 → **Auseinandersetzung wenden wir uns nicht gegen die Vielzahl der Selbsthilfegruppen der alternativen Gruppen, die eine, das sage ich klar, Bereicherung unserer Gesellschaft darstellen. Aber wir setzen uns mit dem politischen Arm der Grünen in der Fraktion und in der Partei auseinander. Wir nehmen diese Leute beim Wort.**

Ich glaube nicht, um eine aktuelle Diskussion aufzunehmen, daß wir uns in eine Konkurrenz über die Richtigkeit der Fragestellungen begeben sollten. Wir stellen die richtigen Fragen und haben sie vielleicht früher gestellt. Wir müssen uns in der Konkurrenz mit dem politischen Gegner mit den Antworten auseinandersetzen, die Sozialdemokraten und Grüne auf die brennenden Fragen unserer Zeit geben.

Unsere Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, ist eine inhaltliche Auseinandersetzung zu führen. Wir können uns den einen Vorwurf machen, den mache ich mir selber auch, nicht daß wir die Auseinandersetzung jetzt führen, sondern daß wir sie nicht schon früher begonnen haben. Das ist der Vorwurf, den wir einstecken müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir uns die Frage stellen, was können wir am Ende dieser Legislaturperiode den Bürgern und Bürgerinnen in der Bundesrepublik Deutschland sagen, was sich verändert habe, was sich verändert haben

wird, auf Grund der Tatsache, daß wir unter der Führung von Helmut Kohl im Oktober 1982 vor zwei Jahren einen neuen Anfang gemacht haben. Wir können heute schon sagen, daß wir durch die politischen Entscheidungen dieser Regierung und von uns allen miteinander in vier wichtigen Punkten eine Veränderung unserer Gesellschaft herbeigeführt haben:

Erstens: in der Außenpolitik. Wir haben die Bundesrepublik Deutschland wieder zu einem sicheren Bündnispartner gemacht. Wir stehen fest verankert in der atlantischen Allianz. Die von weiten Teilen der Sozialdemokratischen Partei betriebene Fahrt in einen nationalen Neutralismus ist nicht nur gestoppt worden, sondern wir haben unsere Politik wieder berechenbar gemacht. Niemand in der westlichen Welt zweifelt an der Bündnistreue der Bundesrepublik Deutschland, und dadurch haben wir den Frieden sicherer gemacht. Die Menschen haben darauf auch reagiert. Vor einem Jahr war die Angst um den Frieden noch der höchste Wert, heute ist dieses Problem in der Demoskopie auf den vierten oder fünften Rang abgefallen, was nicht bedeuten soll, daß wir uns nicht auch in der Zukunft um den Frieden bemühen wollen und daß wir uns nicht Sorgen machen, aber die klare Entscheidung des Bundeskanzlers, des Kabinetts und des Parlamentes hat auch im Bewußtsein der Menschen bewirkt, daß sie wissen, durch unsere Politik ist der Friede nicht unsicherer, sondern sicherer geworden.

Die Sozialdemokraten haben sich mit ihrem Beschluß, ihrem Appell an die eigenen Mitglieder, das ist immerhin ein Beschluß des Bundesvorstandes der SPD, die Demonstrationen gegen die NATO-Manöver zu unterstützen, sich daran zu beteiligen, eine Entscheidung geleistet, die im Grunde genommen für die Tradition dieser alten demokratischen Partei unvorstellbar ist. Es ist nicht zu verantworten, was die SPD als die führende Opposi-

BUNDESAUSSCHUSS

Rede Heiner Geißler

tionspartei hier entschieden hat. Sich an den Demonstrationen gegen diese Manöver zu beteiligen gehört ebenfalls zu dieser Umkehrung der Werte. Vor einem Jahr haben die Sowjets den südkoreanischen Jumbo über dem südkinesischen Meer abgeschossen. Zur Zeit führen die Sowjets einen Giftgaskrieg gegen die afghanischen Freiheitskämpfer.

Ich glaube, daß es richtiger gewesen wäre, wenn die SPD mal einen Aufruf erlassen hätte, sich nicht an Demonstrationen gegen die eigenen Leute, gegen die eigene Bundeswehr, gegen unsere eigenen Verbündeten zu beteiligen, sondern sich angesichts dieser Tatsachen vielleicht mal —, ich sage es jetzt als Generalsekretär der CDU, nicht als Minister —, vor der sowjetischen Botschaft in Bonn aufzustellen und gegen die Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan zu protestieren. Wir laden die Sozialdemokraten ein, hier mitzumachen.

Und **zweitens**, wir haben die Gesellschaft verändert durch eine Beendigung der Schuldenwirtschaft, und wir haben dadurch die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß wir wieder wirtschaftliches Wachstum, Preisstabilität und eine ausgeglichene Zahlungsbilanz haben. Das vierte konjunkturpolitische Ziel, die Vollbeschäftigung, das ist eine Aufgabe, die bis zum Ende der Legislaturperiode bleibt, wir müssen nämlich die Arbeitslosigkeit merklich abbauen.

Und **drittens**, wir haben diese Gesellschaft verändert durch unsere Entschei-

dung zugunsten der Familien, so wie ich es vorhin dargestellt habe, indem wir nicht nur materiell, sondern auch ideell gezeigt haben, daß die Familie die wichtigste Gemeinschaft in unserer Gesellschaft ist.

Und **viertens**, dadurch, daß wir als erste Bundesregierung einen Beitrag geleistet haben, wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt mit dem Schutz unserer Umwelt vereinbar zu machen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in vier Jahren kann man nicht alles erreichen, aber wenn wir diese vier Punkte vorweisen können, die wirklich eine Veränderung dieser Gesellschaft gegenüber dem Zustand bedeuten, den uns die Sozialdemokraten hinterlassen haben, dann ist dies ein Erfolg, dann ist dies ein Ergebnis, mit dem wir wirklich vor die Bürger hintreten können, und mit diesem Ergebnis habe ich auch keine Sorge, daß wir die nächste Bundestagswahl gewinnen.

Lassen wir uns nicht irritieren, gehen wir unseren Weg, handeln wir geschlossen und entschlossen und unterstützen wir die Regierung und seien wir bereit dazu, auf der Basis der geistigen Auseinandersetzung, die wir brauchen, nicht nur die Situation richtig zu analysieren, sondern so, wie wir dies in den Oppositionsjahren getan haben, auch die Perspektiven zu erarbeiten und sie in die Regierung, in die Parlamentsarbeit einzubringen, die auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten garantieren, daß die Bundesrepublik Deutschland ein freies und sozialgerechtes Land bleibt.

Norbert Blüm zur Sozialpolitik:

Wir müssen über unsere Erfolge reden

Ich mache es in Kurzfassung, obwohl über die Sozialpolitik lange zu reden wäre. Und ich rede nicht nur über die Zukunft, sondern auch über die letzten zwei Jahre, weil ich fürchte, wir gewöhnen uns in unserer Partei eine Flucht an von den bereits erledigten Problemen zu den noch nicht erledigten. Und alle Welt redet dann nur über die noch nicht erledigten Probleme. Da können wir uns etwas von den Sozialdemokraten abschneiden. Die haben über ihre Erfolge geredet und geredet, die haben ihre Erfolge behandelt wie einen Kaugummi. Immer wiederholen. Und ich finde, auch das gehört zur politischen Darstellung, nicht nur über die unerledigten Probleme zu reden, sondern auch über die von uns erledigten.

Und da ich mich der Kurzfassung befleißigen will, habe ich mich gefragt, wie ich jene 33 Punkte — Lichtpunkte der Sozialpolitik — zusammenfassen könnte, um Zeit zu gewinnen. Auch das will ich mit einer Wiederholung tun. Nämlich was wäre gewesen, meine lieben Parteifreunde, wenn heute, vor zwei Jahren, der Bundeskanzler sich hierhin gestellt hätte und hätte gesagt, in zwei Jahren — 24 Monaten — werden wir ein Steuerprogramm beschließen, wo 20 Milliarden DM an die Bürger zurückgegeben werden. Was wäre passiert, wenn sich einer hingestellt hätte, heute vor zwei Jahren, und gesagt hätte, in zwei Jahren, schon in zwei Jahren, werden wir ein familienpolitisches Programm vorlegen — 10 Milliarden DM. Und wenn

ich mich hingestellt hätte, 13 Milliarden Defizit in der Bundesanstalt für Arbeit, damals — 1982 — soviel wie die Kriegsopferversorgung, und hätte gesagt, 1984 wird sich die Republik erregen über mögliche Überschüsse bei der Bundesanstalt, was hätten Sie dann gesagt?

Sie wären ganz verlegen geworden und hätten gedacht, der Blüm hebt wieder einmal ab. Die Bildzeitung hätte vielleicht geschrieben, „Norbert Blüm überarbeitet“, die FAZ hätte geschrieben „Blüm zeigt leichte mentale Irritationen“ und die Metallzeitung hätte ganz einfach geschrieben „Blüm belügt die Arbeiter“. Das wäre vor zwei Jahren so gewesen.

Meine Damen und Herren, es muß auch über Erblast gesprochen werden. Es ist gar nicht langweilig, wenn die SPD fragt, wie lange wir denn noch über Erblast reden wollen. Ja so lange, bis die Schulden abgezahlt sind, die sie uns hinterlassen haben.

28 Milliarden Zinsen zahlen wir in diesem Jahr nur für die Schulden, nur für die Hinterlassenschaft der SPD. Was könnte ein Sozialminister mit 28 Milliarden anfangen? Er könnte die Renten, alle Renten um 20 Prozent erhöhen; die durchschnittliche Arbeiterrente um 278 DM. Wir könnten ein Mutterschaftsurlaubsgeld zahlen; vier Jahre lang 1 000 DM. Wie kommt denn eigentlich die SPD dazu, uns zu fragen, was wir gemacht hätten. Wir bezahlen die Rechnungen der Bestellungen, die sie uns hinterlassen hat. Die haben bestellt und nicht bezahlt. Das sind Zechpreller — ganz einfach.

Und ich will den dritten Punkt nennen, den größten Erfolg, unseren größten, gemeinsamen Erfolg, sozialen Erfolg, dafür halte ich die Preisstabilität. 1,6 Prozent Preissteigerung, das ist die beste Sozialpolitik für die „kleinen Leute“. Ich will es auch noch einmal in Zahlen ausdrücken. 1982, das letzte Gnadenjahr der SPD, Preissteigerung 5,3 Prozent, Lohnerhöhung 4,2 Prozent. 1984, Preissteigerung 1,6/1,7 Prozent, Lohnsteigerung 3,5 Prozent.

Wann haben die Arbeitnehmer mehr verdient, 1982 bei der SPD oder 1984 bei uns? Da brauchen Sie keine Mengenlehre, bei uns geht es ihnen besser. Renten, 1981 Rentensteigerung 4 Prozent, Preissteigerung 5,9 Prozent. Wenn wir den Durchschnitt dieses Jahres rechnen für die Renten, die betragen 4,6 im ersten halben Jahr und 1,3 im zweiten Halbjahr. 1,3 und 4,6 gibt 5,9 Prozent, halbiert um in den Jahresdurchschnitt zu kommen, ergibt das 2,8 Prozent Rentensteigerung in diesem Jahr, also immer noch über der Preissteigerungsrate.

Ich bleibe bei meiner These, die Politik der Preisstabilität, ist die Politik für die „kleinen Leute“, Inflation haben immer die sozial Schwächeren bezahlt und damit machen wir Schluß.

Ich kann es auch noch einmal für die Arbeitnehmer erläutern. Die waren 1982 mit ihrem Einkommen 5 Milliarden DM hinter der Preissteigerung, jetzt liegen sie 4 Milliarden DM darüber. Die Rentner haben durch diese Politik 2 Milliarden DM an Kaufkraft gewonnen.

1,6 Prozent Preissteigerung ist in der SPD-Zeit nie vorgekommen. Hätten die das geschafft, können Sie sich vorstellen, was die SPD dann gemacht hätte? Sie hätte Beflagung angeordnet, schulfrei,

die hätte ihrer Partei mindestens drei Jubelheiten pro Woche verordnet, Helmut Schmidt hätte sich wahrscheinlich als Präsident der Vereinigten Staaten beworben. Ich finde, wir brauchen ein neues Selbstbewußtsein und nicht diese Art immer nur problembeladen über die Zukunft zu reden.

Ich will jetzt hier gerne auch über das reden, was wir gemacht haben und zwar nur auswahlweise. Das größte Problem bleibt die Arbeitslosigkeit. Natürlich kann niemand bei über 2 Millionen Arbeitslosen Siegesmeldungen von sich geben, natürlich ist es das größte Problem, die größte Herausforderung, die größte soziale Herausforderung. Aber ich will doch einmal die Sozialdemokraten um etwas Vorsicht und Zurückhaltung bitten bei der Kritik dieses Phänomens.

Als sie 1969 angetreten sind, hatten wir 108 000 Arbeitslose; als sich die SPD verabschiedet hat, hatten wir 1,9 Millionen. Das ist eine Steigerung von 1 800 Prozent. Also, wer den Dammbruch verursacht hat, soll sich nicht anschließend als Schleusenwärter bewerben, kann ich nur sagen.

Wer diese Überschwemmung ausgelöst hat, ja der kann nicht heute als der große Retter auftreten. Natürlich werden wir nicht von heute auf morgen Vollbeschäftigung haben. Aber wir haben viel gewonnen, wenn wir sie stoppen und dann Schritt für Schritt zurückdrängen. Was haben wir getan? Ich will es nur für den Bereich der Sozialpolitik aufzeigen, die nur einen Teil der Aufgabe übernehmen konnte. Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik müssen hier an einem Strang ziehen. Für den Bereich Sozialpolitik: wir haben eine Vorruhestandsregelung verabschiedet. Da hat die SPD jahrelang drüber gegackert — gegackert und gegackert — Eier haben

die nie gelegt, nur immer geredet über die Vorruhestandsregelung. Heute sind schon 240 000 ältere Arbeitnehmer berechtigt, mit Hilfe von Tarifverträgen, die unser Vorruhestandsgesetz genutzt haben, mit 58 Jahren in den Ruhestand zu gehen. 240 000 — rechnen wir einmal ganz zurückhaltend, wie es unsere Art ist, nur die Hälfte würde sie in Anspruch nehmen, sind es 120 000 Arbeitnehmer. Demgegenüber wird die Wochenarbeitszeitverkürzungskampagne selbst von den größten Optimisten in ihrem arbeitsmarktpolitischen Effekt, und dies ist eine sehr optimistische, vielleicht sogar illusionistische, Schätzung mit 40 000 angegeben. Da sind wir mit unserer Vorruhestandsregelung, selbst wenn wir zurückhaltend rechnen und die anderen ganz optimistisch, schon dreimal besser. Und was haben die Sozialdemokraten nicht alles gesagt. „Mißgeburt“, — der Lutz (SPD) hat gesagt, das Blümsche Modell wird nur Wirklichkeit, wenn diese, unsere Republik einem kollektiven Schwachsinn anheimfällt.

Ich muß die Gewerkschaften IG-Bau, NCG, Textil, Metall, Bergbau und Chemie in Schutz nehmen gegen den sozialdemokratischen Vorwurf, sie wären schwachsinnig. Die haben nämlich inzwischen alle diese Vorruhestandsregelung akzeptiert. Selbst meine geliebte Gewerkschaft IG-Metall, die sie einst als Gesinnungslumperei bezeichnet hat, hat sie in der Schlichtungsnacht erbeten. Herzlich willkommen im Kreis der Gesinnungslumpen!

Wir haben das Kurzarbeitergeld für die Stahlarbeiter auf drei Jahre verlängert. Sonst gäbe es heute an Rhein und Ruhr eine viel größere Arbeitslosigkeit. Wir haben für den Bergbau 36 Anpassungsschichten ermöglicht: niemand redet darüber. Für 36 Anpassungsschichten bezah-

len wir Zuschüsse, sonst wäre die Umstrukturierung im Bergbau mit Arbeitslosigkeit verbunden gewesen. In Maßnahmen der beruflichen Bildung, der Umschulung und Weiterbildung stehen 214 000 Mitbürger. Das ist eine Steigerung gegenüber dem letzten SPD-Jahr um 9,3 Prozent. Wir geben dafür 20 Prozent mehr aus. Die reden immer über Sparen und Zurücknehmen — 20 Prozent geben wir mehr aus für Umschulung und Fortbildung. Und als ich mein Amt angetreten habe, gab es 29 200 Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen — 29 200. Heute gibt es 81 000.

Wie kommt eigentlich die SPD dazu zu sagen, wir würden nichts tun? Wenn sie nur 1/3 von dem getan hat, was wir tun, wie kommt sie eigentlich zu der Unverfrorenheit, uns Vorwürfe zu machen? Das ist wie einer, der mit Mühe und Not über den Gartenzaun gekrabbelt ist und anschließend sagt, die Mayfarth wäre zu niedrig gesprungen. Ich denke nur, wenn da niemand drüber redet, kommt es auch nicht unter die Leute.

Wir haben nach einem Jahr die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand verbessert. Von 206 DM steigt der Förderungshöchstbetrag auf 459 DM. In zehn Jahren kann man ein Vermögen von 21 000 DM auf diese Weise zusammensparen. Hätten die Sozialdemokraten — wir verlangen von unseren Gegnern nie mehr als wir selber machen, so sind wir ja — 1970 dasselbe Gesetz nach einem Jahr gemacht, das wir nach einem Jahr gemacht hätten, nicht mehr, und es wäre damals leichter gewesen, würden sich heute in den Händen der Arbeitnehmer 150 Milliarden Mark mehr befinden an Vermögen.

Weil sie es nicht gemacht haben, fehlen diese 150 Milliarden Mark Vermögen in

Arbeitnehmerhand. Wenn einer Suchmeldungen aufgeben will, ich kann ihm die Adresse sagen: An den Parteivorstand der SPD, 5300 Bonn, Ollenhauer-Haus. Dort soll er die 150 Milliarden nachfragen.

Wir haben es gemacht. Wir müssen auch diesen Erfolg feiern, der nämlich auch unserer Überzeugung entspricht: „Eigentum für alle“ und nicht Staatseigentum, nicht sozialisiertes Eigentum: denn sozialisiertes Eigentum ist Bonzeneigentum. Wir wollen Bürgereigentum, das ist ein wichtiger Unterschied. Wir haben auch große Zertrümmerungsaktionen der SPD zurückgenommen, beispielsweise bekommen junge Arbeitslose jetzt wieder Krankenversicherungsschutz über ihre Familie. Dies hatte die SPD zerstört. Familien bekommen für junge Arbeitslose jetzt wieder Kindergeld. Dies hatte die SPD zerstört. Man kann die ganze Unverfrorenheit an dem Beispiel auch deutlich machen.

Nachdem wir das jetzt korrigieren, feiern das die Sozialdemokraten als ihren Erfolg. Aber der Erfolg wäre gar nicht möglich gewesen, wenn sie es nicht vorher zerstört hätten. Das ist wie, wenn einer in die Ladenkasse greift, 1 000 Mark mitnimmt, nach zwei Jahren zurückkommt, es zurückgibt und dafür eine Spendenquittung haben will. So ähnlich ist das.

Rentenversicherung

Ich stelle mich hier nicht hin und sage, es gibt Problemchen, ich gehöre nicht zu den großen Verniedlichern. Arbeitslosigkeit ist immer eine Gefährdung für die soziale Sicherheit. Auch deshalb brauchen wir Vollbeschäftigung; denn finanziert wird der Sozialstaat immer nur aus der Arbeit derjenigen, die Arbeit haben. Das können Sie organisieren wie sie wollen, bezahlt wird

es immer nur aus der Arbeit. Und sicherlich hat uns der Tarifikampf nicht geholfen.

Wir haben immer gesagt, Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich geht gegen die Arbeitslosen, Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich geht gegen die Rentner. Dennoch, das will ich hier vor dem Bundesausschuß sagen:

Kein Rentner braucht um seine Rente zu fürchten. Sie wird Monat für Monat pünktlich ausgezahlt. Sicherlich, die alten Rentensteigerungsraten — acht und neun Prozent —, die gehören, wie die alten Lohnerhöhungen, der Vergangenheit an. Aber mit bescheideneren Zuwächsen ist das System zu halten und ich finde, es ist für unsere älteren Mitbürger wichtig, daß die Rente sicher ist, daß wir nicht ständig über neue Taten und Wohltaten reden, sondern das, was ihnen zugesagt ist, Monat für Monat ausgezahlt wird. Ich will auch da die Proportionen noch einmal zurrechnen. Wir haben heute das höchste Nettorentenniveau der Nachkriegszeit. Es gab nur einmal 1977 ein Nettorentenniveau, das um 0,4% kurzfristig höher war.

Helmut Schmidt hatte in seiner Regierungserklärung 1980 das Nettorentenniveau mit 71% bei 45 Versicherungsjahren als eine Höchstleistung der SPD gefeiert. Wissen Sie, wie hoch es heute ist? Nicht 71%, 73,4%! Meine Damen und Herren, auch hier ein Beitrag zur politischen Klarheit.

Was wollen eigentlich die Sozialdemokraten? Einerseits sagen sie, die Beiträge wären zu hoch und zweitens, wir hätten zuviel gespart und drittens, die Renten wären unsicher. Ja, was denn jetzt. Hätten wir weniger gespart, ja dann wäre die Rente bankrott geworden — wäre im Defizit. Die können uns doch nicht einerseits vorwerfen, wir hätten zuviel gespart und

Rede Norbert Blüm

BUNDESAUSSCHUSS

andererseits sagen, die Renten wären noch nicht sicher genug. Natürlich, wir haben eine Rentenpolitik betrieben, die die Voraussetzungen schafft, daß die Rentenversicherung nicht nur von einer Wahlperiode zur anderen über die Runden kommt, sondern daß sie langfristig gesichert wird.

Dazu gehört auch die Neuordnung der Hinterbliebenenrente. Ich könnte mir, wenn diese Neuordnung kostensteigernd sein sollte, auch noch viel schönere Reformen vorstellen. Nur dann hätten wir übermorgen wieder einsammeln müssen, was wir heute beschlossen hätten. Das war ja die alte sozialdemokratische Rentenpolitik. Vor den Wahlkämpfen, vor den Wahltagen ausgeben und nach den Wahltagen einsammeln. Ich will hier auch festhalten für unsere Hinterbliebenenrentenreform: Die Mitbürgerin, die Mitbürger, die in Rente sind, für die gibt es überhaupt keine Veränderung, bei ihnen passiert überhaupt nichts. Nur für die Zukunft gleiten wir mit langen Übergangsfristen in ein neues System.

Auch für das neue System gilt: Die eigene Rente bleibt immer unangetastet. Das ist das Leistungsprinzip: wofür du Beitrag gezahlt hast, dafür bekommst du deine Rente, und kein Staat hat an diesem Zusammenhang herumzufummeln. Wir wollen keinen Maschinenbeitrag und was es da noch alles gibt. Die Rente muß das Spiegelbild der Lebensleistung und deshalb leistungsbezogen bleiben.

Die eigene Rente bleibt immer unangetastet. Wer nur eine Hinterbliebenenrente bekommt, für den ändert sich auch nichts. Nur wenn einer mehrere Alterseinkommen hat, dann kann die abgeleitete Rente oberhalb eines Freibetrages ganz oder teilweise ruhen. Unser Modell ist das

frauenfreundlichste. Deshalb ergibt sich ja eine überraschende Konstellation: Hinter uns steht der Deutsche Frauenrat, der DGB, die DAG, der CGB und auf der anderen Seite stehen SPD und die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände. Das ist eine neue Konstellation, gebe ich zu, ein neues Unionsgefühl.

Arbeitsrecht

Ich glaube, daß das Arbeitsrecht auch seinen Beitrag leisten muß zur Vollbeschäftigung und, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, könnte es nicht sein, daß manches von dem, was als Schutz gedacht war, Sperre ist für diejenigen, die draußen sind? Nicht alles, was Schutz ist für die Insider, ist Hilfe für die Außenseiter. Ein Arbeitsrecht, das das Wort sozial zu Recht in Anspruch nimmt, das kann nicht nur für diejenigen da sein, die Arbeit haben, sondern es muß die Zugangsbrücken in die Arbeit verstärken. Es muß verhindern, daß aus Schutzwällen Sperrzäune werden. Deshalb arbeiten wir für eine Übergangsphase mit der Erleichterung befristeter Arbeitsverträge. Meine Damen und Herren, lassen Sie sich da gar nicht irre machen. Es ist immer besser, befristet Arbeit zu haben, als unbefristet arbeitslos zu sein. Was soll denn diese ganze Dogmatik. Und wenn wir dadurch auch Einstellungen erreichen in einer Zeit, wo die Konjunktur sich noch nicht stabilisiert hat, wo die Belegschaften noch nicht wissen, ob sie auf Dauer ausgedehnt werden können, dann ist das auch ein Beitrag, Überstunden zu vermeiden. Denn die Alternative heißt, daß Überstunden gemacht werden. Und mir scheint Einstellen sozialer zu sein, als Überstunden zu machen. Auch das ist die Wahrheit. Und wenn der DGB sagt, da würde Arbeitslosen der Kündigungsschutz abgenommen, das halte ich eher für eine Freudsche Fehlleistung.

Arbeitslose haben keinen Kündigungsschutz, weil sie keine Arbeit haben. Ich halte das für eine verräterische Argumentation, weil sie doch offenbart, daß offenbar alles durch die Brille der Erwerbstätigen gesehen wird, daß gar nicht die Rückseite der Medaille gesehen wird. Ich glaube, daß wir auf diese Weise auch bei Existenzneugründungen einen neuen Schub für Beschäftigung bekommen können; daß man in der ersten Phase der Existenzneugründung auch personell in die vollen geht ohne Angst, daß man den nächsten Kündigungsschutzprozeß und den nächsten Sozialplan schon am Bein hat.

Mutterschutz

Ja, meine Damen und Herren, ich will den Mutterschutz nicht schmälern. Aber wenn die Kosten des Mutterschutzes vom einzelnen Betrieb unmittelbar zu tragen sind, ist die Gefahr groß, daß der Betrieb junge Frauen entweder nicht einstellt oder ihnen dumme, unzulässige Fragen stellt. Und deshalb müssen diese Kosten überbetrieblich ausgeglichen werden können.

Teilzeitarbeit

Woher nehmen wir denn eigentlich die Arroganz, den Menschen vorzuschreiben, ob sie Voll- oder Teilzeitarbeit machen wollen. Wenn einer Teilzeitarbeit machen will, laßt ihn doch. 240 000 Arbeitslose suchen nur Teilzeitarbeit und über zwei Millionen Erwerbstätige wären mit weniger Arbeit zufrieden. Wie borniert ist die Gesellschaft, daß sie die Wünsche von Menschen nicht miteinander verbinden kann. Wir machen die Teilzeitarbeit — ich nenne es einmal — „hoffähig“. Sie muß auch mit einem sozialen Schutz ausgestattet sein.

Ich gebe zu, wer die Sozialpolitik immer in den großen Kolonnen betreibt, im Gleichschritt marsch, immer in kol-

lektiven Denkweisen, der muß gegenüber der Teilzeitarbeit etwas skeptisch sein, denn wenn die Welt sich individualisiert, haben die Kollektivisten weniger Spielräume. Wir machen eine Politik, nicht für die Kollektive, sondern für die Menschen. Das ist der Unterschied, auch bei der Teilzeitarbeit.

Arbeitsvermittlung

Hier wollen wir das Monopol der Bundesanstalt für Arbeit nicht auflösen — wir haben ja schon einmal hier im Bundesausschuß heiße Diskussionen geführt —, aber die Bundesanstalt für Arbeit muß schon etwas runter vom hohen Roß des Monopols und sich etwas mehr unter die Leute mischen. Es ist aufreizend in einer Zeit, wo wir Suchmeldungen nach Ausbildungsplätzen aufgeben müssen, daß Gutwillige, die dem Arbeitsamt helfen, nicht ein Dankeschön bekommen, sondern einen Bußgeldbescheid. Da kann ich nur sagen, da ist die Welt übergeschnappt.

Jugendarbeitsschutz

Wir haben ja eine harte Diskussion geführt im Bundestag. Manchmal hatte ich den Eindruck, alle Jugendlichen wollten jetzt Bäcker werden, und alle Welt spricht jetzt nur noch über Bäckerlehrlinge. Es sind genau 30 000 Bäckerlehrlinge. Und dabei dreht es sich um folgendes: Der 15jährige soll um 6 Uhr beginnen können, der 16jährige Bäckerlehrling um 5 Uhr und der 17jährige, nur der 17jährige, um 4 Uhr.

Wissen Sie, wo der weltanschauliche Unterschied zur SPD ist? Bei der darf er mit 18 Jahren um 4 Uhr beginnen. Wegen dieser einen Stunde und dem einen Jahr machen die als würde der Sozialstaat zusammenbrechen. Da kann ich nur sagen, das ist so welt-

fern. Diejenigen, die da um 8 Uhr sich den Protestzügen anschließen gegen den Zusammenbruch des Jurgendarbeitsschutzes, die haben schon um 7 Uhr frische Brötchen gegessen, wie ich die kenne.

Unser Berufsbildungssystem lebt vom Prinzip „Lernen durch Mitarbeit“. Da muß man sich auch dem Arbeitsrhythmus anpassen, wenn man mitlernen will. Oder glaubt jemand, um 6 Uhr würde die Baukolonne auf die Arbeitsstelle fahren und um 7 Uhr würde dann der Lehrling mit dem Taxi nachtransportiert? Ich kann nur sagen, die Taxe fährt nicht, denn der Lehrling wird nicht eingestellt. Das ist das Ergebnis des jetzigen Jugendarbeitsschutzes.

Wir machen eine neue Arbeitszeitordnung, entkleiden sie ihrer Mitbringsel aus dem 1000jährigen Reich, wo alles der Staat reglementieren mußte. Damals gab es keine Gewerkschaften, keine Arbeitgeberverbände. Wir wollen den Staat auf seine wesentliche Aufgabe konzentrieren, den Rahmen festzulegen, die Mindestbedingungen. Und innerhalb dieses Spielfeldes eröffnen wir neue Entscheidungsräume für die Tarifpartner. Die können das nämlich besser als der Gesetzgeber. Der Gesetzgeber muß alles über einen Kamm scheren, die Tarifpartner können sehr viel praxisnäher arbeiten. Durch diese neue Arbeitszeitordnung werden 22 Verordnungen auf einen Schlag außer Kraft gesetzt und 7 Gesetze überflüssig gemacht. Das ist nämlich so: Wenn man eine so perfekte Arbeitszeitordnung hat, braucht man 1000 Begleitvorschriften, da braucht man 1000 Ausnahmen, damit das Ding überhaupt funktionsfähig ist. Wir werden auch in diesem Zusammenhang den Frauenarbeitschutz überprüfen, denn manches von dem, was da als Frauenarbeitsschutz fest-

gelegt ist, ist nicht Schutz der Frauen in der Arbeit, sondern Schutz der Frauen vor der Arbeit. Zum Beispiel gibt es unterschiedliche Pausenregelungen für Männer und Frauen. Haben Sie schon einmal am Fließband gesehen, daß die Frauen eine halbe Stunde früher Pause machen? Das Leben hat sich längst über solche weltfernen Regelungen fortgesetzt.

Schwerbehinderte

Wir werden den Begriff straffen. Nicht weil wir gegen die Behinderten sind, sondern weil wir gerade die Behinderten davor schützen wollen, daß der Behindertenbegriff so ausufert, daß zu guter Letzt niemand mehr da ist, der nicht berechtigt ist, einen Behindertenausweis zu bekommen. Wenn nämlich alle einen Behindertenausweis haben, müssen wir einen neuen einführen, um den wirklich Behinderten zu helfen. Wir werden die Lehrlinge nicht mehr mitzählen bei der Ermittlung der Pflichtquote der zu beschäftigenden Schwerbehinderten, denn, meine Damen und Herren, das war ja häufig so: Wenn ein Lehrling mehr eingestellt werden sollte, konnte sich daraus ergeben, daß auch ein Schwerbehinderter mehr einzustellen war. Ergebnis: weder Lehrling noch Schwerbehinderter wurden eingestellt. Insofern helfen wir Lehrlingen und Schwerbehinderten, denn wenn ein schwerbehinderter Lehrling eingestellt werden soll, dann wird dieser Platz auf Schwerbehindertenpflichtplätze doppelt oder dreifach angerechnet.

Ich will an dieser Stelle meinen Überblick abbrechen. Ich appelliere an Sie, die Sozialpolitik nicht defensiv vorzutragen, sondern als einen Kampf um die Zustimmung der Arbeiter zu begreifen. Denn wenn wir Beiträge sparen, wenn Beiträge in Schach gehalten werden, sparen wir für das Porte-

monnaie der Arbeitnehmer. Es macht doch keinen Spaß mehr zu arbeiten, wenn Steuer und Beiträge alles weggenommen, was der Arbeitnehmer sich erarbeitet hat. Wir sparen für die Arbeitnehmer.

Und haben Sie keine Angst vor dieser großen, wirklich traditionsreichen, ich sage das nicht ironisch, Arbeiterpartei SPD. Ich habe meine Kommunalwahlkampfbeiträge in Nordrhein-Westfalen am Samstag um 12.30 Uhr auf dem Bonner Marktplatz beendet, und auf dem Weg dorthin ist mir ein Flugblatt der SPD überreicht worden, das geradezu als Lehrmaterial verwendbar ist. „Bonner Arbeitnehmer für sozialdemokratische Kommunalpolitik — Für die Arbeitnehmer Ihre Stimme der SPD“. Und dann kommen, ich habe nachgezählt, 102 Unterschriften. Ich dachte, da ist nun die

ganze gesammelte proletarische Kraft der SPD Bonns bei den 102 Unterschriften. Nun, was nahe liegt, ich habe gefragt oder mich gefragt, wo taucht denn bei den 102 für die Arbeitnehmerpolitik der SPD zeugnisablegenden Bonner Bürgern der Name „Arbeiter“ auf. Von den 102 sind es genau 3, die die Bezeichnung „Arbeiter“ tragen und einer von diesen 3 ist ein Sozialarbeiter, und der zweite ist ein Sachbearbeiter, und der dritte ist endlich ein Arbeiter. Sonst sind es Juristen, Diplomübersetzer, Journalisten, Zahntechniker, Archivare, Lehrer — alles ganz anständige Leute. Nur Arbeiter sind sie nicht. Deshalb, meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir auch in Nordrhein-Westfalen, auch nach gestern, so schnell geben wir da nicht auf, den Kampf um das Herz, um die Zustimmung der Arbeiter nicht aufgeben dürfen und brauchen.

NRW-Wahlen auf einen Blick

	Kommunalwahlen						Landtag		Bundestag**		Europawahl	
	30. 9. 1984		30. 9. 1979		Diffe- renz %	11. 5. 1980		6. 3. 1983		17. 6. 1984		
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	12601310		12241116			12342282		12576604		12667700		
Wahlbeteiligung	8295922	65,8	8560844	69,9	-4,1	9874427	80,0	11254374	89,5	7514108	59,4	
Gültige Stimmen	8166454		8430633			9818518		11176337		7430019		
CDU	3447222	42,2	3902823	46,3	-4,1	4240885	43,2	5046812	45,2	3182755	42,8	
SPD	3469982	42,5	3789056	44,9	-2,4	4756103	48,4	4782220	42,8	3099569	41,7	
Grüne	705501	8,6	-	-	+8,6	291379	3,0	581350	5,2	597177	8,0	
FDP	394368	4,8	551013	6,5	-1,7	489225	4,98	716412	6,4	312455	4,2	
DKP	36045	0,4	55571	0,7	-0,3	30441	0,3	21065	0,2	-	-	
Zentrum	2213	0,0	3483	0		1562	0	-	-	33750	0,5	
EAP	735	0,0	108	0		649	0	3270	0	6874	0,1	
UAP	371	0,0	73	0		180	0	-	-	-	-	
FAP	120	0,0										
KPD	131	0,0										
LD	4432	0,1										
NPD	117	0,0										
EZB/WGR*	104837	1,3	128506	1,5	-0,2	72	0,0	-	-	-	-	

* Einzelbewerber/Wählergruppen

** Zweitstimmen

■ NRW-KOMMUNALWAHL

Bernhard Worms: Der Vorsprung der SPD ist einzuholen

Mit einem Wahlkampf neuen Stils, der auch an die Gefühle der Menschen rührt und bisherige Nichtwähler anziehen soll, will die CDU in der Landtagswahl am 12. Mai nächsten Jahres die Ablösung der seit 1980 unter Ministerpräsident Johannes Rau allein an Rhein und Ruhr regierenden Sozialdemokraten erreichen. Für den designierten Spitzenkandidaten der Union, Bernhard Worms, liegt dabei der „Schlüssel zum Wahlsieg“ an der Ruhr. Deshalb will die CDU weiter das Bündnis mit den Arbeitern anstreben, betonte Worms vor der Presse in Düsseldorf.

Seine eigene Position als Nummer eins seiner Partei für die Landtagswahl sieht Worms vom Verlust der Spitzenstellung der Union in den Kommunalwahlen am vergangenen Sonntag nicht berührt. Die Bewertung des Kommunalwahlergebnisses der SPD durch Rau als gute Ausgangslage für die Landtagswahl hält Worms angesichts eines Verlustes von 1,3 Millionen SPD-Wählern aus der Bundestagswahl 1983 für „politisches Geschwätz“.

CDU und SPD in Nordrhein-Westfalen liegen nach der Kommunalwahl vom 30. September 1984 Kopf an Kopf. Auf die CDU entfielen 42,2 Prozent der Stimmen, auf die SPD 42,5 Prozent. Bei der Landtagswahl 1980 hatte Johannes Rau in NRW noch 48,4 Prozent der Stimmen gewonnen. Die CDU verbuchte damals 43,2

Prozent. Wenn Johannes Rau also jetzt nach seinen eigenen Worten über dieses Ergebnis „glücklich“ ist, sagt dies alles über den Zustand der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten aus. Die Blütenträume von einer absoluten Mehrheit — auch im Mai 1985 — sind für die SPD im bevölkerungsreichsten Bundesland — der angeblichen sozialdemokratischen Trutzburg — zerstoßen, stellte Bernhard Worms fest.

Doch auch die CDU hat ihr Wahlziel nicht erreicht. Wir wollten stärkste Kommunalwahlpartei bleiben. Es gilt, die Ursachen sorgfältig zu ergründen. Schon eine erste Analyse zeigt: Es gibt erhebliche regionale Unterschiede. Krefeld, die Stadt, in der Kanzler Helmut Kohl persönlich in den Wahlkampf eingriff, hat unter dem hervorragenden Spitzenkandidaten Dieter Pützhofen die absolute Mehrheit verteidigt. Remscheid sieht erstmals seit Menschengedenken die CDU vorn. In Düsseldorf wurde unter Josef Kürten der prozentuale Vorsprung der CDU gegenüber der SPD gehalten.

Johannes Rau weiß seit dem Wahlabend: Eine politische Zukunft hat er nur noch, wenn ihn die Grünen tolerieren oder unterstützen. Die Frage, wie sich die SPD hier verhalten wird, wird schon in den nächsten Wochen beantwortet: In der Landeshauptstadt Düsseldorf, in Solingen, in Bielefeld, im Erftkreis, in Wuppertal, in vielen kleinen Städten und Gemeinden unseres Landes.

Daß gerade in Hochburgen unserer Partei die Wahlbeteiligung gegenüber 1979 oft überdurchschnittlich zurückging, muß uns zu denken geben. Hier kann es nicht nur lokale Gründe gegeben haben. Wir alle haben in vielen Wahlveranstaltungen beobachten können: Es wurde nicht darüber diskutiert, daß die Bundesrepublik als erstes europäisches Land ein umweltfreundliches Auto einführt — sondern nur darüber, wie viele Ausbildungsplätze noch fehlen.

Wir müssen uns auch fragen, ob wir der Bevölkerung wirklich vermitteln konnten, wie notwendig die vielfältigen Sparmaßnahmen waren, ob bei den Rentnern oder bei den Behinderten. Und wir müssen sehr selbstkritisch feststellen, daß es direkt vor der Kommunalwahl Äußerungen von Freunden gab, die sicherlich nicht zur Motivation der Unionsanhänger beitragen.

Daß die Grünen aus dem Stand ihr Europawahlergebnis noch verbessern konnten, darf uns nicht ruhen lassen. Viele ihrer jungen Wähler stammen aus bürgerlichen Familien. Wir werden diesen irregeleiteten jungen Leuten in den nächsten Monaten klarmachen müssen, für welche politischen Ziele sie mißbraucht werden. Ich bin sicher, daß wir hier Terrain zurückgewinnen können.

Vor uns liegen viele Monate harter Arbeit. Die Landtagswahl ist dann zu gewinnen, wenn wir die richtigen Schlußfolgerungen ziehen. Wenn alle Freunde — im Bund, im Land und in den Gemeinden — solidarisch an die Arbeit gehen. Der winzige Vorsprung der SPD in Nordrhein-Westfalen ist einholbar. Auch die FDP hat in Nordrhein-Westfalen wieder eine Perspektive: Ihr fehlen ganze 0,2 Prozent, um im Mai 1985 wieder die Fünf-Prozent-Grenze zu überschreiten.

Umweltfolgen bei Tempolimit sollen getestet werden

Die Bundesregierung wird ihre Entscheidung über weitere Geschwindigkeitsbegrenzungen auf deutschen Straßen von den Ergebnissen eines großangelegten Tests über die dadurch erzielbaren Schadstoffbegrenzungen abhängig machen. Das Bundeskabinett beauftragte Innenminister Zimmermann und Verkehrsminister Dollinger (beide CSU) mit der Vorbereitung einer entsprechenden repräsentativen Erhebung. Zur Begründung erklärte Zimmermann vor der Presse in Bonn, daß die vorliegenden Gutachten über den Schadstoffausstoß bei verschiedenen Geschwindigkeiten zu keinen einheitlichen Ergebnissen geführt hätten.

Bund übernimmt Pilotfunktion

Die Bundesregierung hat am Mittwoch, dem 4. Oktober 1984, beschlossen, grundsätzlich nur noch abgasarme Dienst-Pkw zu beschaffen. Soweit im Einzelfall die benötigten Fahrzeuge noch nicht angeboten werden und/oder die Versorgung mit bleifreiem Kraftstoff noch nicht sichergestellt ist, wird geprüft, ob die Beschaffung zeitlich aufgeschoben werden kann. Bundesbahn und Bundespost wurden aufgefordert, dem Beispiel des Bundes zu folgen.

Bundestagsfraktion fordert Weihnachtsbutter-Aktion

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erneuert ihre Forderung nach einer Weihnachtsbutteraktion 1984. Es ist dringend notwendig, diese Maßnahme umgehend einzuleiten, damit rechtzeitig eine ausreichende Buttermenge im Einzelhandel zur Verfügung steht.

■ VERKEHR

Bundesverkehrsminister Dollinger:

„Tempolimit ist kein Thema“

Interview des Bonner General-Anzeigers mit dem Bundesverkehrsminister

GA: Die Rufe nach der Einführung eines Tempolimits' auf Autobahnen und Landstraßen werden immer lauter. Treffen sie bei ihnen auf offene Ohren?

Dollinger: Nein. Geschwindigkeitsbegrenzungen sind für mich kein Thema.

GA: Eine Studie des Berliner Umweltamtes zwingt nach Auffassung des Deutschen Naturschutzringes zu Tempo 100 auf Autobahnen und Tempo 80 auf Landstraßen, weil dadurch die für das Waldsterben mitverantwortlichen Stickoxyde um 20 Prozent gesenkt werden könnten. Läßt Sie das ungerührt?

Dollinger: Die Rechnung sieht etwas anders aus: Nach den Berechnungen des Umweltbundesamtes wird die Umwelt mit insgesamt 3,1 Millionen Tonnen Stickoxyden jährlich belastet. Der Straßenverkehr ist daran mit weniger als 50 Prozent beteiligt, die Personenwagen mit weniger als einem Drittel. Tempo 100 auf Autobahnen und Tempo 80 auf Landstraßen würden deshalb unter dem Strich die Stickoxydbelastungen nur um knapp vier Prozent verringern – wenn man eine realistische Beachtung des Tempolimits unterstellt.

GA: Freie Fahrt für Raser?

Dollinger: So kann man das nicht sehen. Das Straßennetz in der Bundesrepublik ist 448 000 Kilometer lang. Nur auf 7 000 Kilometern – das sind gerade 1,5 Prozent – gibt es keine Geschwindigkeitsbegrenzung. Überdies: Die Durchschnittsgeschwindigkeit bei Pkw auf den deutschen

Autobahnen beträgt 112 Stundenkilometer; nur 20 bis 25 Prozent fahren schneller als 130 Stundenkilometer.

GA: Ihr Parteifreund, Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle, fordert ein Tempolimit für Autos ohne Katalysator. Befürworten Sie diese 2-Klassen-Gesellschaft?

Dollinger: Ich kann mich für einen solchen Vorschlag nicht erwärmen. Ich halte ein 2-Klassen-Recht auf unseren Straßen nicht für sinnvoll.

GA: Der CDU-Europa-Abgeordnete von Wogau sieht beim Waldsterben eine „notstandsähnliche Situation“...

Dollinger: Ich bin sehr naturliebend und habe mich, wenn es um das Waldsterben geht, fachkundig gemacht. Ich halte diese Formulierung nicht für richtig. Wir sollten nicht so tun, als würde der ganze Wald sterben und wir kurz vor einer Katastrophe stehen. Wir sollten uns davor hüten, die Illusion zu nähren, mit einem Tempolimit ließe sich das Waldsterben beenden.

GA: Bestreiten Sie, daß Autoabgase beim Waldsterben ein wichtiger Faktor sind?

Dollinger: Natürlich nicht. Wer die Autobahnen benutzt und sich aufmerksam umsieht, wird aber feststellen, daß es dort gar nicht so aussieht, als würden alle Bäume sterben und alles Grün kaputtgehen.

GA: Also denken Sie auch nicht im stillen Kämmerlein über ein Tempolimit auf Autobahnen nach?

Dollinger: Ich halte ein Tempolimit nicht für sinnvoll. Die Argumente derer, die Geschwindigkeitsbegrenzungen fordern, sind auch dann, wenn ich im stillen Kämmerlein nachdenke, nicht stichhaltig.

■ BESCHÄFTIGUNGSFÖRDERUNGSGESETZ

Hilfen und Initiativen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt eine herausragende Aufgabe der Bundesregierung. Die Regierung Helmut Kohl hat deshalb Initiativen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und zur Stärkung der Investitions- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft ergriffen, und sie hat mit dem Vorruhestandsgesetz eine erfolversprechende Regelung zur Arbeitsplatzbeschaffung ermöglicht.

Das Beschäftigungsförderungsgesetz enthält ein Bündel von arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften, die dem Ziel dienen, Beschäftigung zu erleichtern. So soll der wirtschaftliche Aufschwung möglichst schnell auch den Arbeitslosen zugute kommen.

Arbeitsrecht und Arbeitsschutz haben in der Bundesrepublik Deutschland in jahrzehntelanger Entwicklung einen hohen Stand erreicht. Das hat wesentlich zur Humanisierung der Arbeitswelt beigetragen. Daran wird durch das neue Gesetz nichts geändert.

Im Interesse der Arbeitssuchenden müssen jedoch heute arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften dort flexibler gefaßt werden, wo dies zu mehr Beschäftigungsmöglichkeiten führen kann. Sonst besteht die Gefahr eines gespaltenen Arbeitsmarktes: Auf der einen Seite die Arbeitgeber und auf der anderen Seite diejenigen, die keine Chance auf einen Arbeitsplatz haben. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm begründete die Notwendig-

keit dieser Gesetzesinitiative: „Nicht alles, was Schutz für die ist, welche Arbeit haben, ist Hilfe für diejenigen, die draußen stehen. Schutz für die einen kann Sperre für die anderen sein. Wir brauchen Zugangsbrücken zum Arbeitsmarkt und keine Barrieren.“

Eine Reihe von Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht soll es deshalb den Unternehmen leichter machen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. „Wir geben den Unternehmen mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz viele Hilfestellungen. Sie müssen sie nutzen im Interesse vor allem der Arbeitslosen, aber auch unserer Volkswirtschaft. Das aktuelle arbeitsmarktpolitische Motto heißt: Jetzt einstellen!“

Der Entwurf eines Beschäftigungsförderungsgesetzes, das zum 1. Januar 1985 in Kraft treten soll, enthält unter anderem folgende Regelungen:

In der gegenwärtigen Phase der konjunkturellen Erholung weichen viele Arbeitgeber lieber in Überstunden oder Sonderschichten aus, anstatt Neueinstellungen vorzunehmen. **Durch eine Erleichterung des Abschlusses befristeter Arbeitsverträge sollen die Arbeitgeber veranlaßt werden, die Verbesserung ihrer Auftragslage auch Arbeitslosen zugute kommen zu lassen.** Zunächst befristete Arbeitsverträge werden wohl auch in vielen Fällen in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden.

Durch einen besseren arbeitsrechtlichen Schutz soll Teilzeitarbeit auch für solche

Arbeitnehmer attraktiv werden, die heute vollzeitbeschäftigt, aber an Teilzeitarbeit interessiert sind.

Jede Ausbildungsmöglichkeit muß aufgespürt werden. Deshalb soll die Bundesanstalt für Arbeit wieder — wie schon bis 1969 — **Aufträge an sozial engagierte Einrichtungen und Personen zur unentgeltlichen Vermittlung in berufliche Ausbildungsstellen** erteilen können.

Die für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung stehenden Mittel sollen noch wirtschaftlicher eingesetzt werden als bisher. Gleichzeitig wird der Katalog bevorzugt zu fördernden Arbeiten um die Erhaltung und Verbesserung der Umwelt ergänzt.

Statt Überstunden anzuordnen, sollen auch vermehrt sogenannte Leiharbeiter beschäftigt werden können, die damit die Chance eines vollwertigen Dauerarbeitsplatzes bei einem Verleiher erhalten. Die bisher auf drei Monate begrenzte Höchstdauer soll auf sechs Monate erweitert werden. Damit können auch Zeiten der Arbeitsplatzgarantie wie beim Mutterschutz überbrückt werden.

Wer ausländische Arbeitnehmer illegal beschäftigt, soll härter bestraft werden. **Illegale Ausländerbeschäftigung soll künftig mit Freiheitsstrafen geahndet werden können.**

Lichtblick auf dem Arbeitsmarkt

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im September 1984 weist eine spürbare Entlastung aus:

- die Zahl der Arbeitslosen ist erheblich niedriger;
- erstmalig nach sieben Monaten ist die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl wieder gesunken;
- die Zahl der jugendliche Arbeitslosen

unter 20 Jahren ist erneut gesunken, ja sogar niedriger als vor zwei Jahren unmittelbar vor dem Regierungswechsel;

- die Zahl der Kurzarbeiter ist sogar niedriger als vor drei Jahren.

Die Arbeitsmarktsituation war im September immer noch durch die Folgen der Arbeitskämpfe vom Spätfrühjahr/Frühsummer dieses Jahres belastet. Bereits im Oktober kann aber mit einer Normalisierung gerechnet werden. Es gibt also Hoffnungen, daß die letzten Monate des Jahres 1984 von einer Besserung gekennzeichnet sein werden. Es kann auch mit einem weiteren Abbau der Jugendarbeitslosigkeit gerechnet werden, weil insbesondere der Prozeß der Eingliederung der Schulabgänger in Ausbildungsstellen noch andauert. Dies ist das erfreuliche Ergebnis der intensiven Anstrengungen seitens der Arbeitgeber, die Zahl der neuen Ausbildungsstellen über den bisherigen Rekordhöchststand des Jahres 1983 anzuheben.

Gewerkschaften verloren über 200 000 Mitglieder

Die Zeiten ständig steigender Mitgliederzahlen scheinen bei den 17 im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) organisierten Einzelgewerkschaften vorbei zu sein. Wie das Wirtschaftsmagazin „Impulse“ jetzt ermittelte, verloren 15 von ihnen in den letzten beiden Jahren insgesamt über 200 000 zahlende Mitglieder. Nur die Deutsche Postgewerkschaft und die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten konnten leichte Zuwächse verzeichnen. Am härtesten hat es in den vergangenen zwei Jahren die IG Metall getroffen. Über 85 000 Metaller kehrten ihrer Gewerkschaft den Rücken, 40 000 davon im letzten Jahr. Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung verlor rund 25 000, die Eisenbahner-Gewerkschaft über 22 000, IG Chemie-Papier-Keramik mehr als 20 000 Beitragszahler.

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

- | | |
|---|--|
| <p>8. 10. <i>LV Berlin</i>
Landesvorstand, Berlin</p> <p>8. 10. <i>LV Bremen</i>
Landesvorstand, Bremen</p> <p>8. 10. OMV Bund
Deutschlandpolitisches
Bildungsseminar, Berlin</p> <p>11. 10. <i>Mittelstandsvereinigung</i>
Landesgeschäftsführerkonferenz, Berlin</p> <p>13. 10. <i>Frauenvereinigung</i>
Baden-Württemberg
Landesdelegiertentag, Esslingen-Zell</p> <p>18. 10. Mittelstandsvereinigung Bund
Vorstandssitzung, Bonn</p> <p>18. 10. <i>Mittelstandsvereinigung</i>
Kreisvorsitzendenkonferenz,
Bonn</p> <p>19. 10. <i>LV Braunschweig</i>
Landesausschuß, Braunschweig</p> <p>19. 10. <i>CSU-Landesparteitag</i>, München</p> <p>20. 10. <i>Exil-CDU</i>
Deutschlandpolitische Regionaltagung, Wissen/Sieg</p> <p>22. 10. Präsidium
Sitzung, Bonn</p> <p>25. 10. <i>Junge Union Niedersachsen</i>
Landesvorstand, Hannover</p> | <p>26. 10. <i>LV Westfalen-Lippe</i>
geschäftsf. Landesvorstand, Landesvorstand und Kreisvorsitzendenkonferenz, Dortmund</p> <p>26. 10. Junge Union Bund
Vorstand, München</p> <p>27. 10. OMV Bund
Regionales Seminar: Deutschlandpolitik, Darmstadt</p> <p>27. 10. <i>Frauenvereinigung Schleswig-Holstein</i>
Delegiertentag, Schleswig</p> <p>27. 10. Frauenvereinigung Bund
Arbeitskreis „Medien“, Bonn</p> <p>28./31. 10. OMV Bund
Deutschlandpolitisches Bildungseminar, Wesseling/Eichholz</p> <p>2. 11. <i>LV Rheinland-Pfalz</i>
Landesparteitag, Trier</p> <p>2. 11. <i>LV Berlin</i>
Landesvorstand/Landesausschuß, Berlin</p> <p>3. 11. <i>Frauenvereinigung Hessen</i>
Landesdelegiertentag, Bad Nauheim</p> <p>5. 11. Präsidium
Sitzung, Bonn</p> <p>5. 11. Bundesvorstand
Sitzung, Bonn</p> <p>9. 11. <i>Junge Union Rheinland</i>
Landesvorstand, Wuppertal</p> <p>9. 11. <i>Junge Union Rheinland</i>
Kreisvorsitzendenkonferenz, Wuppertal</p> |
|---|--|

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48.— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UfD